

REG. NO. DB 166 / 2025

**ÖFFENTLICHE URKUNDE
PUBLIC DEED**

über die / about the

Beschlüsse der ausserordentlichen Generalversammlung
resolutions of the extraordinary shareholders' meeting

betreffend / regarding

Statutenänderung (Art. 3, 4, 5, 6, 9, 10, 13, 15, 17, 21, 26 und Art. 30 der Statuten)
Amendment of Statutes (art. 3, 4, 5, 6, 9, 10, 13, 15, 17, 21, 26 and art. 30 of the Statutes)

der / of

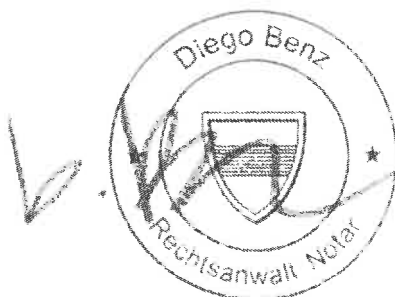
Eurofima Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial
(Eurofima Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire)
(Eurofima Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario)
(Eurofima European Company for the Financing of Railroad Rolling Stock)

mit Sitz in Basel
with registered office in Basel

(die "Gesellschaft")
(the "Company")

Die unterzeichnende Urkundsperson des Kantons Zug, Diego Benz, Rechtsanwalt, hat an der heute abgehaltenen ausserordentlichen Generalversammlung der oben erwähnten Gesellschaft teilgenommen und über deren Beschlüsse nach den Bestimmungen des Schweizerischen Obligationenrechtes (OR) diese öffentliche Urkunde errichtet:

The undersigned Notary of the Canton of Zug, Diego Benz, attorney-at-law, attended the extraordinary Shareholder' Meetings of the above-mentioned company and recorded the following minutes concerning its resolutions in accordance with the provisions of the Swiss Code of Obligations (CO):



I.

Klein Wassink, Ronald, niederländischer Staatsangehöriger, in Utrecht (NL), Verwaltungsratspräsident der Gesellschaft, eröffnet die Versammlung um 10:00 Uhr und übernimmt den Vorsitz. Die Urkundsperson amtiert als Protokollführer und Stimmenzähler.

Klein Wassink, Ronald, Dutch citizen, in Utrecht (NL), president of the board of directors of the company, opens the meeting at 10:00h and acts as chairman. The notary acts as secretary and counter of the votes.

Der Vorsitzende stellt fest:

The chairman notes:

- die Einladung zur ausserordentlichen Generalversammlung inklusive Beilagen wurde per E-Mail am 12.09.2025 gemäss Statuten rechtzeitig versandt;

the invitation to the extraordinary shareholders' meeting including its enclosures was sent by email in accordance with the Articles of Association in time on 12.09.2025;

- Gestützt auf Art. 701d OR und Art. 13 der Statuten findet die ausserordentliche Generalversammlung virtuell, ohne Tagungsort statt, wobei auf die Bezeichnung eines Stimmrechtsvertreters verzichtet wurde. Der Verwaltungsrat bestätigt im Sinne von Art. 701e OR, dass er sichergestellt hat, dass sämtliche Aktionäre, die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie die Mitglieder der Geschäftsleitung, mit elektronischen Mitteln an dieser Generalversammlung teilnehmen können;

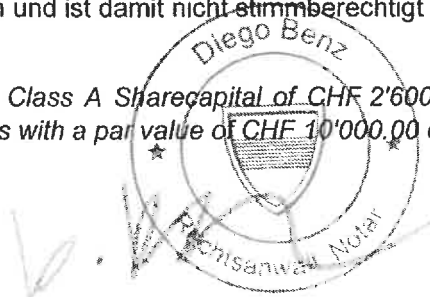
Pursuant to art. 701d CO and art. 13 of the Articles of Association, the extraordinary shareholders' meeting shall be held virtually, without a venue, whereas the appointment of an independent proxy is waived. The Board of Directors confirms in accordance with art. 701e CO that it has ensured that all shareholders, the members of the Board of Directors and the members of the Management can participate in this shareholder's meeting by electronic means;

- Die nicht anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates haben auf ihr Recht verzichtet, an der ausserordentlichen Generalversammlung teilzunehmen und Anträge zu stellen;

the absent members of the board of directors have waived their right to participate in the extraordinary shareholders' meeting and to propose motions;

- Vom gesamten Aktienkapital der Klasse A der Gesellschaft von CHF 2'600'000'000.00, bestehend aus 260'000 Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 10'000.00, sind 254'800 Aktien vertreten;
- Das gesamte Aktienkapital der Klasse B der Gesellschaft von CHF 50'000'000.00, bestehend aus 500 Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 100'000.00 wird von der Gesellschaft gehalten und ist damit nicht stimmberechtigt und nicht vertreten;
- und

of the Company's entire Class A Sharecapital of CHF 2'600'000'000.00, divided into 260'000 registered shares with a par value of CHF 10'000.00 each, are 254'800 shares duly represented;



The Company's entire Class B Sharecapital of CHF 50'000'000.00 divided into 500 registered shares with a par value of CHF 100'000.00 each is held by the Company and is, thus, not entitled to vote and not represented;

and

- die heutige ausserordentliche Generalversammlung ist gültig konstituiert und beschlussfähig.

today's extraordinary shareholders' meeting has been validly constituted and has the power to pass resolutions.

Es werden keine Einwendungen gegen diese Feststellungen erhoben.

No objections are raised against these statements.

II.

**Änderung der Statuten (Art. 3, 4, 5, 6, 9, 10, 13, 15, 17, 21, 26 und Art. 30 der Statuten) /
amendment of Statutes (art. 3, 4, 5, 6, 9, 10, 13, 15, 17, 21, 26 and art. 30 of the Statutes)**

Die ausserordentliche Generalversammlung beschliesst einstimmig und ohne Stimmenthaltung die folgenden Statutenänderungen (Eine informelle Englische Übersetzung der Statutenänderung findet sich nach der deutschen und französischen Originalfassungen zur Information, diese ist jedoch keine Originalfassung und daher auch nicht Gegenstand der heutigen Beschlüsse über Statutenänderungen, welche einzig die deutsche und französische Originale der Statuten betreffen):

The shareholders meeting resolves unanimously and without abstention from voting the following amendments to the Statutes (An informal English translation can be found after the German and French original versions for information purposes, but does not constitute an original version and is, hence, not part of today's resolutions with respect to amendments of the Statutes, that only concern the German and French originals of the Statutes):

In der deutschen Fassung:

In the German version:

Revidierter Text (Änderungen fett)	Alter Text
<i>Art. 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 3 para. 1 is amended as follows:</i>	
Die Gesellschaft hat den Zweck, Eisenbahnmaterial für jeden Aktionär bereitzustellen oder zu finanzieren, sei es (i) für den eigenen Betrieb, (ii) für den Betrieb von Unternehmen, die von einem Aktionär kontrolliert werden oder mit ihm verbunden sind, oder (iii) für den Betrieb eines Unternehmens, das nicht von einem Aktionär kontrolliert wird oder mit ihm verbunden ist,	Die Gesellschaft hat den Zweck, Eisenbahnmaterial für jeden Aktionär bereitzustellen oder zu finanzieren, sei es (i) für den eigenen Betrieb, (ii) für den Betrieb von Unternehmen, die von einem Aktionär kontrolliert werden oder mit ihm verbunden sind, oder (iii) für den Betrieb eines Unternehmens, das nicht von einem Aktionär kontrolliert wird oder mit ihm

sofern es sich bei diesem Unternehmen um eine Eisenbahnverwaltung im Sinne von Artikel 9 Abs. 2 handelt (welche, um Unklarheiten zu vermeiden, Aktionär sein kann, aber nicht sein muss). Der Begriff Eisenbahnmaterial ist weit zu verstehen und umfasst jegliches Rollmaterial, das in einem auf Schienen oder ähnlicher Technologie basierenden Transportnetzwerk betrieben wird (eingeschlossen Untergrund- und Strassenbahnen) sowie dessen Ausrüstung.	verbunden ist, sofern es sich bei diesem Unternehmen um eine Eisenbahnverwaltung im Sinne von Artikel 9 Abs. 2 handelt (welche, um Unklarheiten zu vermeiden, Aktionär sein kann, aber nicht sein muss).
<i>Art. 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 3 para. 2 is amended as follows:</i>	
Die Gesellschaft kann auch für Eisenbahnverwaltungen wie in Artikel 9 Absatz 2 definiert, die nicht Aktionäre sind, Eisenbahnmaterial bereitstellen oder finanzieren, vorausgesetzt, dass, sofern nicht eine solche Eisenbahnverwaltung von einem Aktionär kontrolliert wird oder mit diesem verbunden ist und ein Mitgliedstaat gestützt darauf seine Bereitschaft erklärt, seine Garantie oder Haftung auf die Verpflichtungen dieser Eisenbahnverwaltung gegenüber der Gesellschaft zu erstrecken, ein oder mehrere Aktionäre ihr gegenüber für die Verpflichtungen einer solchen Eisenbahnverwaltung haften, eine Garantie abgeben oder anderweitig einen Rückgriff auf sie ermöglichen.	Die Gesellschaft kann auch für Eisenbahnverwaltungen, die nicht Aktionäre sind, Rollmaterial bereitstellen oder finanzieren, vorausgesetzt, dass ein oder mehrere Aktionäre ihr gegenüber für die Verpflichtungen einer solchen Eisenbahnverwaltung haften.
<i>Art. 3 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 3 para. 3 is amended as follows:</i>	
Finanzierungen der Gesellschaft unterstehen den vom Verwaltungsrat gemäss Artikel 21, wie darin weiter ausgeführt, erlassenen Kreditvergaberichtlinien.	Finanzierungen der Gesellschaft unterstehen den vom Verwaltungsrat gemäss Artikel 21 erlassenen Kreditvergaberichtlinien.
<i>Art. 4 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 4 is amended as follows:</i>	
Die Gesellschaft besteht auf unbestimmte Zeit.	Die Gesellschaft wurde für die Dauer von 50 Jahren gegründet. Nach Ablauf dieser Frist wird die Dauer um weitere 50 Jahre bis zum 20. November 2056 erstreckt.



<i>Art. 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 5 para. 2 is amended as follows:</i>	
Das Aktienkapital der Klasse A der Gesellschaft beträgt 2'600'000'000 Schweizer Franken, wovon 520'000'000 Schweizer Franken (20%) einbezahlt sind. Es ist eingeteilt in 26'000'000 Namenaktien mit einem Nennwert von 100 Schweizer Franken.	Das Aktienkapital der Klasse A der Gesellschaft beträgt 2'600'000'000 Schweizer Franken, wovon 520'000'000 Schweizer Franken (20%) einbezahlt sind. Es ist eingeteilt in 260'000 Aktien mit einem Nennwert von 10'000 Schweizer Franken.
<i>Art. 5 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 5 para. 3 is amended as follows:</i>	
Das Aktienkapital der Klasse B der Gesellschaft beträgt 50'000'000 Schweizer Franken, welches durch Umwandlung von frei verwendbarem Eigenkapital der Gesellschaft vollständig liberiert wurde. Es ist eingeteilt in 50'000 Namenaktien mit einem Nennwert von 1'000 Schweizer Franken.	Das Aktienkapital der Klasse B der Gesellschaft beträgt 50'000'000 Schweizer Franken, welches durch Umwandlung von frei verwendbarem Eigenkapital der Gesellschaft vollständig liberiert wurde. Es ist eingeteilt in 500 Aktien mit einem Nennwert von 100'000 Schweizer Franken.
<i>Art. 5 Abs. 7 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 5 para. 7 is amended as follows:</i>	
[absichtlich freigehalten]	Die Gesellschaft kann zu dem Zeitpunkt, zu dem keine Verpflichtungen von Aktionären der Klasse A nach Artikel 26 verbleiben und kein Vorzugsbetrag zu Gunsten von Aktien der Klasse A ausstehend ist, durch einen Beschluss der Generalversammlung die Umwandlung von Aktien der Klasse A in Aktien der Klasse B vornehmen. Nach der Umwandlung aller Aktien der Klasse A in Aktien der Klasse B bilden diese Aktien der Klasse B die einzige Klasse von Aktien, und die Statuten werden dahingehend geändert, dass jegliche Unterscheidung zwischen diesen Klassen von Aktien aufgehoben wird.
<i>Art. 5 Abs. 9</i> <i>Art. 5 para. 9:</i>	
Sobald keine Verpflichtungen der Aktionäre der Klasse A gemäss Artikel 26 mehr bestehen ("Auslöser der Umwandlung"), werden alle Aktien der Klasse A in Aktien der Klasse B umgewandelt ("Umwandlung"), was die folgenden zwei Schritte erfordert, wobei der erste Schritt unter (i) jederzeit vor	[neu hinzugefügt]



Eintritt des Auslösers der Umwandlung erfolgen kann:

(i) Die Generalversammlung hat zu beschliessen, das Aktienkapital der Klasse B zu erhöhen (unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre der Klasse B) und vollständig zu liberieren (basierend auf dem inneren Wert der B Aktien zum dannzumaligen Zeitpunkt, bestätigt durch geprüfte Abschlüsse, die nicht älter als sechs Monate sind), durch Umwandlung von verfügbarem Eigenkapital in der Höhe des dann noch verbleibenden Vorzugsbetrags, um die neu ausgegebenen Aktien der Klasse B an die Aktionäre der Klasse A entsprechend ihrem jeweiligen Anspruch auf diesen verbleibenden Vorzugsbetrag zuzuteilen, und um etwaige Barauszahlungen zu leisten, die erforderlich sind, um Rundungsdifferenzen auszugleichen; und

(ii) Die Generalversammlung hat:

(a) in einem ersten Beschluss, der einzig unter dem Vorbehalt der Eintragung der unter (b) unten vorgesehenen

Kapitalherabsetzung steht, die Umwandlung aller Aktien der Klasse A in die Anzahl von Aktien der Klasse B mit einem Nennwert von CHF 1'000, die dem reduzierten Nennwert jeder umzuwandelnden Aktie der Klasse A entspricht zu beschliessen; und

(b) in einem zweiten Beschluss, die Herabsetzung des Aktienkapitals der Klasse A durch Reduktion des Nennwerts jeder Aktie der Klasse A auf den Betrag, der zu diesem Zeitpunkt für diese Aktie einbezahlt ist (basierend auf geprüften Abschlüssen, die nicht älter als sechs Monate sind) zu beschliessen; und

(c) in einem dritten Beschluss, die Statuten zu ändern, unter Vorbehalt des Eintritts der unter (a) beschlossenen Umwandlung, um die Tatsache zu reflektieren, dass



nach der Kapitalherabsetzung und der Umwandlung aller Aktien der Klasse A in Aktien der Klasse B gemäss (a) und (b) nur noch eine einzige Aktienkategorie vollständig einbezahlter Aktien mit dem Nennwert und den Rechten der bisherigen Aktien der Klasse B (ohne Vorrechte der früheren Aktien der Klasse A) besteht, und entsprechend jegliche Unterscheidung zwischen den Rechten der früheren Aktien der Klasse A und der Klasse B und sämtliche Verweise auf Aktien der Klasse A und Aktien der Klasse B sowie das Aktienkapital der Klasse A aufzuheben.

(iii) Der Verwaltungsrat wird die erforderlichen Generalversammlungen einberufen, um die einzelnen Schritte umzusetzen, wobei spätestens 365 Tage nach Eintritt des Auslösers der Umwandlung eine Generalversammlung einzuberufen ist, um den ersten bis dahin noch nicht umgesetzten Schritt umzusetzen, und – soweit erforderlich – weitere Generalversammlungen, um die verbleibenden Schritte jeweils unverzüglich nach dem vorhergehenden Schritt umzusetzen, sofern für diesen eine separate Generalversammlung erforderlich war. Sämtliche Beschlüsse der Generalversammlung zur Umsetzung der vorgenannten Änderungen der Statuten stellen bestätigende Beschlüsse dar (jeweils ein "Bestätigungsbeschluss") und unterliegen dem in Artikel 15 Absatz 2 vorgesehenen Quorum.

Art. 6 wird wie folgt geändert

Art. 6 is amended as follows:

Jeder Aktionär kann ab dem Kalenderjahr, das auf die Umwandlung in eine einheitliche Aktienkategorie folgt, der Gesellschaft alle oder einen Teil seiner Aktien zum Kauf anbieten, und die Gesellschaft ist verpflichtet, die so angebotenen Aktien

Bei der Gründung der Gesellschaft wurden von den 5'000 Aktien, welche das Anfangskapital darstellten, 1'270 Aktien in bar und 3'730 Aktien durch Einbringen von Gütern liberalisiert, und zwar letztere wie folgt:



nach Massgabe der folgenden Grundsätze zu erwerben.

Ein solches Angebot kann von einem Aktionär einmal pro Kalenderjahr durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft innerhalb von 60 Kalendertagen nach der ordentlichen Generalversammlung, welche die geprüften Jahresrechnungen des vorangegangenen Kalenderjahres genehmigt hat, gemacht werden, wobei die Anzahl der angebotenen Aktien anzugeben ist.

Die Anzahl der Aktien, die ein Aktionär anbieten kann, ist auf die Anzahl beschränkt, die dem Aktionär eine ausreichende Anzahl von Aktien belässt, um die dann geltenden Anforderungen gemäss den Kreditvergaberichtlinien der Gesellschaft zu erfüllen.

Der Kaufpreis entspricht dem angepassten inneren Wert der Aktien, multipliziert mit dem massgebenden Diskontierungsfaktor, und wird zum vom Verwaltungsrat vor der ordentlichen Generalversammlung festgelegten Preisfestsetzungsdatum bestimmt, und der Kaufpreis pro Aktie wird mit der Einladung zur ordentlichen Generalversammlung bekannt gegeben.

Zur Ermittlung des angepassten Inneren Werts einer Aktie wird das gesamte Eigenkapital gemäss der Bilanz der letzten geprüften Jahresrechnung, wie von der ordentlichen Generalversammlung genehmigt, um nicht wiederkehrende oder einmalige Gewinne oder Verluste (z.B. aufgrund von Wertanpassungen im Kreditportfolio oder Investitionen aus einem der Treasury-Portfolios) seit dem Bilanzstichtag adjustiert und durch die Gesamtzahl der ausstehenden Aktien abzüglich der eigenen Aktien dividiert. Der Diskontierungsfaktor wird unter Verwendung eines jährlichen Zinssatzes von 4 %, einer "jährlichen" Zinseszinsmethode und einer „Act/365 fixed“-Tagessatzkonvention berechnet. Der Zähler der Tagessatzkonvention entspricht der tatsächlichen Anzahl Tage zwischen dem Preisfestsetzungsdatum und dem 20. November 2056. Zur Klarstellung wird der Diskontierungsfaktor nach folgender Formel berechnet:

Die Deutsche Bundesbahn brachte Güterwagen im Gesamtwert von Fr. 11'700'000 ein und erhielt dafür 1'170 Aktien im Nominalwert von zusammen Fr. 11'700'000.

Die Nationalgesellschaft der Französischen Eisenbahnen brachte Güterwagen im Gesamtwert von Fr. 11'700'000 ein und erhielt dafür 1'170 Aktien im Nominalwert von zusammen Fr. 11'700'000.

Die Italienischen Staatsbahnen brachten Güterwagen im Gesamtwert von Fr. 6'300'000 ein und erhielten dafür 630 Aktien im Nominalwert von zusammen Fr. 6'300'000.

Die Nationalgesellschaft der Belgischen Eisenbahnen brachte Güterwagen im Gesamtwert von Fr. 4'900'000 ein und erhielt dafür 490 Aktien im Nominalwert von zusammen Fr. 4'900'000.

Die Niederländischen Eisenbahnen AG brachten Güterwagen im Gesamtwert von Fr. 2'700'000 ein und erhielten dafür 270 Aktien im Nominalwert von zusammen Fr. 2'700'000.

Den Gründungsakten waren die Nummernverzeichnisse der eingebrachten Güterwagen und die Schätzungsprotokolle beigegeben.



Diskontierungsfaktor

$$= \frac{1}{(1 + 4\%)^{\frac{20. \text{ November, } 2056 - \text{ Kaufdatum}}{365}}}$$

Ab dem 20 November 2056 (inklusive) ist kein Diskont mehr anwendbar.

Übersteigt in einem Kalenderjahr der gesamte Kaufpreis der zum Kauf angebotenen Aktien an die Gesellschaft das Eigenkapital der Gesellschaft, das frei an die Aktionäre ausgeschüttet werden kann, so ist die Gesellschaft nur verpflichtet, die entsprechend geringere Anzahl von Aktien zu kaufen, welche eine solche Überschreitung ausschliesst und der Kauf der von Aktionären angebotenen Aktien wird in diesem Fall pro rata im Verhältnis der von einem Aktionär angebotenen Aktien zur Gesamtzahl der angebotenen Aktien gekürzt.

Der Kauf der von Aktionären gemäss den oben genannten Grundsätzen angebotenen Aktien ist bis spätestens 270 Kalendertage nach der ordentlichen Generalversammlung, welche die geprüften Jahresrechnungen des vorangegangenen Kalenderjahres genehmigt hat, abzuschliessen, wobei die Gesellschaft berechtigt ist, die Zahlung des Kaufpreises um bis zu drei Jahre aufzuschieben.

Übersteigt in einem Kalenderjahr die Gesamtzahl der bis dahin – einschliesslich der für dieses Jahr – zum Kauf angebotenen Aktien 60 % der Anzahl oder des Nennwerts der Aktien zum Zeitpunkt des Abschlusses der Umwandlung in eine einheitliche Aktienkategorie, wird das Kaufverfahren dieses Kalenderjahrs ausgesetzt, und es ist eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, um zu beschliessen, ob die Gesellschaft anstelle des Kaufs aufgelöst werden soll. Wird die Auflösung in dieser ausserordentlichen Generalversammlung nicht beschlossen, so hat die Gesellschaft die angebotenen Aktien gemäss den oben dargelegten Grundsätzen innerhalb von 270 Kalendertagen nach dieser ausserordentlichen Generalversammlung zu kaufen.

Die Gesellschaft kann durch solche Kaufangebote erworbene Aktien bis zu 20 %



des jeweils geltenden Aktienkapitals als eigene Aktien halten und über diese frei verfügen, insbesondere durch Verkauf an bestehende Aktionäre oder an neue Aktionäre, die von der Generalversammlung zugelassen wurden. Eigene Aktien, die diese Grenze überschreiten, sind in der Regel durch eine entsprechende Herabsetzung des Aktienkapitals zu eliminieren.

Art. 9 Abs. 2 wird wie folgt geändert

Art. 9 para. 2 is amended as follows:

Die in diesen Statuten verwendeten Begriffe "Eisenbahnverwaltung" oder "Verwaltung" bezeichnen (i) einen Staat, der das Internationale Abkommen über die Gründung der Gesellschaft unterzeichnet hat oder ihm beigetreten ist ("Mitgliedstaat"), (ii) seine Untergliederung, (die in der Regel aus der ersten Ebene unterhalb des Mitgliedstaats bestehen und auf diese beschränkt sind) ("Gebietskörperschaft"), (iii) ihre jeweiligen Behörden oder Körperschaften oder Einheiten, die von ihnen kontrolliert werden, oder (iv) öffentlich-rechtliche oder private-rechtliche Unternehmen oder Gruppen solcher Unternehmen, die in einem Mitgliedstaat jeweils im öffentlichen Interesse zivile oder militärische Eisenbahnverkehrsdienstleistungen betreiben, Eisenbahnmaterial für solche Eisenbahnverkehrsdienstleistungen besitzen oder zusammenlegen oder Eisenbahninfrastrukturen verwalten. Der Betrieb einer unter Ziffer (iv) genannten Eisenbahnverwaltung wird als im öffentlichen Interesse betrachtet, wenn die betreffende Eisenbahnverwaltung von diesem Mitgliedstaat, von seinen Gebietskörperschaften, von ihren jeweiligen Behörden oder von ihnen kontrollierten Körperschaften, mit einem oder mehreren öffentlichen Dienstleistungsaufträgen betraut wird (oder betraut wird, sobald sie tatsächlich Aktionär wird), wie im in dem betreffenden Mitgliedstaat anwendbaren Recht definiert.

Die in diesen Statuten verwendeten Begriffe "Eisenbahnverwaltung" oder "Verwaltung" bezeichnen (i) einen Staat, der das Internationale Abkommen über die Gründung der Gesellschaft unterzeichnet hat oder ihm beigetreten ist ("Vertragsstaat"), (ii) seine Gebietskörperschaften, (iii) ihre jeweiligen Behörden oder Körperschaften oder Einheiten, die von ihnen kontrolliert werden, oder (iv) öffentliche oder private Unternehmen oder Gruppen solcher Unternehmen, die in einem Vertragsstaat jeweils im öffentlichen Interesse Eisenbahnverkehrsdienstleistungen betreiben oder Eisenbahninfrastrukturen verwalten. Der Betrieb einer unter Ziffer (iv) genannten Eisenbahnverwaltung aus einem Vertragsstaat, der gleichzeitig ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, wird als im öffentlichen Interesse betrachtet, wenn die betreffende Eisenbahnverwaltung von diesem Vertragsstaat, von seinen Gebietskörperschaften, von ihren jeweiligen Behörden oder von ihnen kontrollierten Körperschaften, mit einem oder mehreren öffentlichen Dienstleistungsaufträgen betraut wird (oder betraut wird, sobald sie tatsächlich Aktionär wird), und der Begriff "öffentlicher Dienstleistungsauftrag" hat die in der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (in der jeweils geänderten, ergänzten oder ersetzten



Fassung) ("EU-Verordnung 1370/2007") festgelegte Bedeutung.

Art. 9 Abs. 3 wird wie folgt geändert

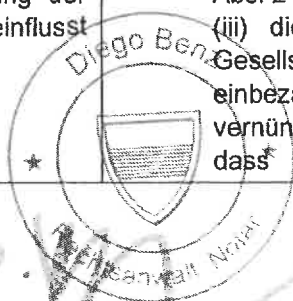
Art. 9 para. 3 is amended as follows:

Die Generalversammlung kann eine Eisenbahnverwaltung nur dann als Aktionär aufnehmen, wenn:

1. Ein **Mitgliedstaat** vorher bekanntgegeben hat, dass er bereit ist, für die Verpflichtungen dieser Eisenbahnverwaltung gegenüber der Gesellschaft zu haften; oder
2. eine solche Eisenbahnverwaltung selbst ein **Mitgliedstaat** ist (um Unklarheiten zu vermeiden, unter Ausschluss der Gebietskörperschaften oder ihrer jeweiligen Behörden, Körperschaften oder Einheiten, die von ihnen kontrolliert werden); oder
3. diese Eisenbahnverwaltung die folgenden vier kumulativen Bedingungen erfüllt: (i) es handelt sich um eine **Eisenbahnverwaltung, wie in Artikel 9 Absatz 2 unter (ii) oder (iii) definiert**, unter der Voraussetzung, dass **eine solche Eisenbahnverwaltung unter (ii) oder (iii)** in den Genuss der Garantie **einer Gebietskörperschaft kommt** oder die Gebietskörperschaft anderweitig für deren Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft haftet, (ii) sie wird ausschliesslich aus dem Grund Aktionär, um als Garant für Finanzverträge einzustehen, die zwischen der Gesellschaft und Eisenbahnverwaltungen, die nicht Aktionäre im Sinne von Artikel 3 Abs. 2 sind, abgeschlossen würden, (iii) die Aktien, die sie an der Gesellschaft hält, sind vollständig einbezahlt, und (iv) es ist vernünftigerweise nicht zu erwarten, dass durch ihre Aufnahme als Aktionär das Kredit Rating der Gesellschaft negativ beeinflusst würde.

Die Generalversammlung kann eine Eisenbahnverwaltung nur dann als Aktionär aufnehmen, wenn:

1. der betreffende Vertragsstaat vorher bekanntgegeben hat, dass er bereit ist, für die Verpflichtungen dieser Eisenbahnverwaltung gegenüber der Gesellschaft zu haften; oder
2. eine solche Eisenbahnverwaltung selbst ein Vertragsstaat ist (um Unklarheiten zu vermeiden, unter Ausschluss der Gebietskörperschaften oder ihrer jeweiligen Behörden, Körperschaften oder Einheiten, die von ihnen kontrolliert werden); oder
3. diese Eisenbahnverwaltung die folgenden vier kumulativen Bedingungen erfüllt: (i) es handelt sich um eine Gebietskörperschaft eines Vertragsstaats oder um eine ihrer jeweiligen Behörden oder Körperschaften oder Einheiten, die von ihr kontrolliert werden (unter der Voraussetzung, dass diese Behörden, Körperschaften oder Einheiten in den Genuss der Garantie der jeweiligen Gebietskörperschaft kommen oder die betreffende Gebietskörperschaft anderweitig für deren Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft haftet), (ii) sie wird ausschliesslich aus dem Grund Aktionär, um als Garant für Finanzverträge einzustehen, die zwischen der Gesellschaft und Eisenbahnverwaltungen, die nicht Aktionäre im Sinne von Artikel 3 Abs. 2 sind, abgeschlossen würden, (iii) die Aktien, die sie an der Gesellschaft hält, sind vollständig einbezahlt, und (iv) es ist vernünftigerweise nicht zu erwarten, dass durch ihre Aufnahme als



	Aktionär das Kredit Rating der Gesellschaft negativ beeinflusst würde.
<i>Art. 10 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 10 is amended as follows:</i>	
Die Generalversammlung der Aktionäre ist das oberste Organ der Gesellschaft. Sie hat folgende Befugnisse: 1. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates. 2. Ernennung des Präsidenten und der Vizepräsidenten des Verwaltungsrates. 3. Wahl der Revisionsstelle. 4. Änderung der Statuten mit Ausnahme jener, welche gemäss Art. 21 Abs. 3 Ziffer 6 in die Zuständigkeit des Verwaltungsrates. 5. Erhöhung oder Herabsetzung des Grundkapitals sowie Rückkauf und Umwandlung von Aktien, sofern nicht an den Verwaltungsrat delegiert. 6. Übertragung von Aktien und Bezugsrechten, ausser an den Verwaltungsrat delegierte Übertragungen. 7. Auflösung der Gesellschaft und Bestellung der Liquidatoren. 8. Beschlussfassung zur Änderung des Basisabkommens, wie darin vorgesehen. 9. Genehmigung des Geschäftsreglementes (Art. 21 Abs. 2). 10. Entgegennahme des Berichtes der Revisionsstelle, Prüfung des Geschäftsberichts und Genehmigung des Lageberichts und der Jahresrechnung, Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns und Entlastung des Verwaltungsrates. 11. Festsetzung des Höchstbetrages, bis zu welchem innerhalb einer bestimmten Zeit Anleihen und Kredite	Die Generalversammlung der Aktionäre ist das oberste Organ der Gesellschaft. Sie hat folgende Befugnisse: 1. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates. 2. Ernennung des Präsidenten und der Vizepräsidenten des Verwaltungsrates. 3. Wahl der Revisionsstelle. 4. Änderung der Statuten mit Ausnahme jener, welche gemäss Art. 21 Abs. 3 Ziffer 6 in die Zuständigkeit des Verwaltungsrates fallen. 5. Erhöhung oder Herabsetzung des Grundkapitals sowie Rückkauf und Umwandlung von Aktien. 6. Übertragung von Aktien und Bezugsrechten. 7. Auflösung der Gesellschaft und Bestellung der Liquidatoren. 8. Verlängerung der Dauer der Gesellschaft. 9. Genehmigung des Geschäftsreglementes (Art. 21 Abs. 2). 10. Entgegennahme des Berichtes der Revisionsstelle, Prüfung des Geschäftsberichts und Genehmigung des Lageberichts und der Jahresrechnung, Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns und Entlastung des Verwaltungsrates. 11. Festsetzung des Höchstbetrages, bis zu welchem innerhalb einer bestimmten Zeit Anleihen und Kredite aller Art aufgenommen werden können. 12. Beschlussfassung über alle andern Gegenstände, die ihr vorbehalten



Umwandlung von Aktien der Klasse A mit drei Zehnteln aller Stimmen oder im Falle der Herabsetzung des A-Aktienkapitals mit drei Zehnteln der Stimmen der Aktionäre der Klasse A zu fassen, d. h. zur Blockierung eines Bestätigungsbeschlusses ist eine Mehrheit von sieben Zehnteln aller Stimmen beziehungsweise der Stimmen der Aktionäre der Klasse A erforderlich.	
<i>Art. 17 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 17 para. 3 is amended as follows:</i>	
Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterzeichnen.	Das Protokoll ist vom Vorsitzenden, den Stimmenzählern und dem Protokollführer zu unterzeichnen.
<i>Art. 21 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 21 para. 3 is amended as follows:</i>	
In diesem Reglement, das zu seiner Gültigkeit der Genehmigung durch die Generalversammlung bedarf, hat der Verwaltungsrat seiner eigenen Beschlussfassung vorzubehalten, wobei im Fall der Ziffern 3 und 4 global durch die Festlegung eines periodischen Budgets sowie der zulässigen Verwendung erfolgen kann, unter Auferlegung einer Berichtspflicht an den Verwaltungsrat über die aufgenommenen Darlehen und/oder deren Verwendung: 1. die Zusammensetzung der Direktion, deren Anstellungsbedingungen, ihre Ernennung und Abberufung sowie die Annahme ihrer Demission; 2. die Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrates, welche namens der Gesellschaft zeichnungsberechtigt sind sowie die Zuerkennung der Unterschriftsberechtigung an Personen, welche nicht Mitglieder des Verwaltungsrates sind (Direktoren, Prokuristen); 3. den Abschluss von Anleihen und Krediten aller Art im Rahmen der durch die Generalversammlung festgelegten Grenzen;	In diesem Reglement, das zu seiner Gültigkeit der Genehmigung durch die Generalversammlung bedarf, hat der Verwaltungsrat seiner eigenen Beschlussfassung vorzubehalten: 1. die Zusammensetzung der Direktion, deren Anstellungsbedingungen, ihre Ernennung und Abberufung sowie die Annahme ihrer Demission; 2. die Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrates, welche namens der Gesellschaft zeichnungsberechtigt sind sowie die Zuerkennung der Unterschriftsberechtigung an Personen, welche nicht Mitglieder des Verwaltungsrates sind (Direktoren, Prokuristen); 3. den Abschluss von Anleihen und Krediten aller Art im Rahmen der durch die Generalversammlung festgelegten Grenzen; 4. den Abschluss aller Verträge für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, insbesondere Miet- und Verkaufsverträge, sowie der entsprechenden Bestellungen; 5. Die Erstellung des Geschäftsberichts, die Vorbereitung



4. den Abschluss aller Verträge für die Bereitstellung oder Finanzierung von Eisenbahnmaterial; 5. Die Erstellung des Geschäftsberichts, die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse. 6. Die nachträgliche Leistung von Einlagen auf nicht voll liberierte Aktien und deren Bedingungen, sowie die entsprechende Änderung von Art. 5 in Bezug auf die auf dem Grundkapital insgesamt geleisteten Einlagen.	der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse. 6. Die nachträgliche Leistung von Einlagen auf nicht voll liberierte Aktien und deren Bedingungen, sowie die entsprechende Änderung von Art. 5 in Bezug auf die auf dem Grundkapital insgesamt geleisteten Einlagen.
--	--

Art. 21 Abs. 4 wird wie folgt geändert

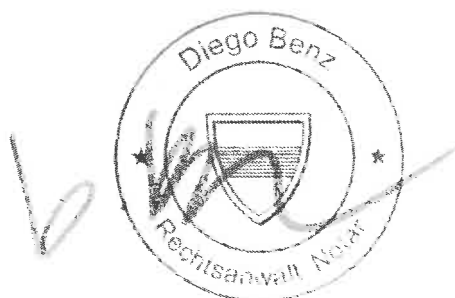
Art. 21 para. 4 is amended as follows:

Der Verwaltungsrat **hat** Kreditvergaberichtlinien festzulegen, in denen unter anderem die Kriterien und Bedingungen festgelegt sind, die erfüllt werden müssen, um für eine Finanzierung durch die Gesellschaft in Frage zu kommen, **sowie Kategorien von Rollmaterial und Eisenbahnmaterial, die für eine solche Finanzierung in Frage kommen.** Diese Kreditvergaberichtlinien werden auch Auflagen für in Frage kommende Darlehensnehmer **enthalten, wonach die Finanzierungen auf Eisenbahnmaterial beschränkt sind, die im öffentlichen Dienst im Sinne des im bzw. in den jeweiligen Mitgliedstaat(en) anwendbaren Rechts (d.h. im Mitgliedstaat, der (oder deren Gebietskörperschaft) das Recht/die Verpflichtung zum Betrieb dieses Eisenbahnmaterials im öffentlichen Dienst gewährt, oder, falls verschieden, im Mitgliedstaat, in dem dieses Eisenbahnmaterial im öffentlichen Dienst betrieben wird) verwendet wird.** Die Kreditvergabepolitik bestimmt darüber hinaus die Art und Höhe der Sicherungsrechte der Gesellschaft an den von ihr finanzierten Eisenbahnausrüstungen sowie die Kriterien, nach denen die Gesellschaft auf die Anforderung eines Sicherungsrechts an dem von ihr zu finanzierenden Eisenbahnmaterial verzichten kann.

Der Verwaltungsrat legt zudem Kreditvergaberichtlinien fest, in denen unter anderem die Kriterien und Bedingungen festgelegt sind, die erfüllt werden müssen, um für eine Finanzierung durch die Gesellschaft in Frage zu kommen. Diese Richtlinien werden auch Auflagen für in Frage kommende Darlehensnehmer aus einem Vertragsstaat, der auch ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, enthalten, welche die Verwendung der unter einer Finanzierung erhaltenen Mittel für Rollmaterial im öffentlichen Personenverkehr auf der Schiene gemäss den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen beschränken. Der Begriff "gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen" hat die gleiche Bedeutung wie in der EU-Verordnung 1370/2007.

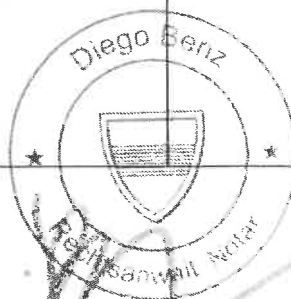


<i>Art. 26 Abs. 4 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 26 para. 4 is amended as follows:</i>	
Die von den Aktionären auf Grund dieser Haftung der Aktionäre geleisteten Zahlungen werden diesen verhältnismässig zurückbezahlt, sofern und soweit die Gesellschaft nachträglich à conto des hinfällig gewordenen Finanzvertrages Zahlungen erhält oder aus dem Eisenbahnmaterial, das Gegenstand dieses Finanzvertrages bildete, einen Erlös erzielt.	Die von den Aktionären auf Grund dieser Haftung der Aktionäre geleisteten Zahlungen werden diesen verhältnismässig zurückbezahlt, sofern und soweit die Gesellschaft nachträglich à conto des hinfällig gewordenen Finanzvertrages Zahlungen erhält oder aus dem Material, das Gegenstand dieses Finanzvertrages bildete, einen Erlös erzielt.
<i>Art. 30 Abs. 1 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 30 para. 1 is amended as follows:</i>	
Im Falle einer Auflösung tritt die Gesellschaft in Liquidation. Sie gilt von diesem Zeitpunkt an als in Liquidation befindlich.	Am Ende der im Artikel 4 dieser Statuten festgesetzten Dauer oder im Falle einer vorzeitigen Auflösung tritt die Gesellschaft in Liquidation. Sie gilt von diesem Zeitpunkt an als in Liquidation befindlich.

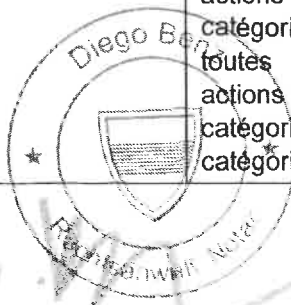


In der französischen Fassung:
In the French version:

Revidierter Text (Änderungen fett, Hinweise kursiv)	Alter Text
<i>Art. 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 3 para. 1 is amended as follows:</i>	
La société a pour objet de procurer ou financer du matériel ferroviaire pour tout actionnaire, que ce soit (i) pour ses propres activités, (ii) pour les activités de toute entreprise contrôlée par ou liée à un actionnaire ou (iii) pour les activités de toute entreprise qui n'est pas contrôlée par ou liée à un actionnaire, à condition que cette entreprise soit une administration de chemins de fer telle que définie à l'article 9, alinéa 2 (qui, pour écarter tout doute, peut mais ne doit pas être un actionnaire). Le terme matériel ferroviaire doit être compris au sens large comme désignant tout matériel roulant exploité dans un réseau de transport basé sur des voies ou une technologie similaire (y compris les métros et les tramways) ainsi que ses équipements.	La société a pour objet de procurer ou financer du matériel roulant pour tout actionnaire, que ce soit (i) pour ses propres activités, (ii) pour les activités de toute entreprise contrôlée par ou liée à un actionnaire ou (iii) pour les activités de toute entreprise qui n'est pas contrôlée par ou liée à un actionnaire, à condition que cette entreprise soit une administration de chemins de fer telle que définie à l'article 9, alinéa 2 (qui, pour écarter tout doute, peut mais ne doit pas être un actionnaire).
<i>Art. 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 3 para. 2 is amended as follows:</i>	
La Société peut également procurer ou financer du matériel ferroviaire directement pour des administrations de chemins de fer au sens de l'article 9, alinéa 2, qui ne sont pas ses actionnaires, à condition que, sauf si cette administration de chemins de fer est contrôlée par un actionnaire ou affiliée à celui-ci et que, sur cette base, un État membre confirme sa volonté d'étendre sa garantie ou sa responsabilité aux engagements de cette administration de chemins de fer, un ou plusieurs actionnaires soient responsables, garantissent ou permettent autrement le recours à leur encontre en ce qui concerne les engagements pris par ces administrations de chemins de fer envers la société.	La société peut également procurer ou financer du matériel roulant directement pour des administrations de chemins de fer qui ne sont pas ses actionnaires, à condition qu'un ou plusieurs actionnaires donnent leur garantie principale à l'égard des engagements pris par ces administrations de chemins de fer envers la société.



<i>Art. 3 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 3 para. 3 is amended as follows:</i>	
Tout financement octroyé par la société devra l'être dans le respect des politiques arrêtées par le conseil d'administration conformément à et selon les spécifications de l'article 21.	Tout financement octroyé par la société devra l'être dans le respect des politiques arrêtées par le conseil d'administration conformément à l'article 21.
<i>Art. 4 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 4 is amended as follows:</i>	
La société est constituée pour une durée illimitée.	La société a été fondée pour une durée de 50 ans. Après expiration de cette période, la durée sera prolongée de 50 ans, soit jusqu'au 20 novembre 2056.
<i>Art. 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 5 para. 2 is amended as follows:</i>	
Le capital de catégorie A de la société s'élève à 2'600'000'000 de francs suisses versé à concurrence de 520 millions de francs suisses (20%). Il est divisé en 26'000'000 actions nominatives d'une valeur nominale de 100 francs suisses.	Le capital de catégorie A de la société s'élève à 2 milliards 600 millions de francs suisses versé à concurrence de 520 millions de francs suisses (20%). Il est divisé en 260'000 actions d'une valeur nominale de 10'000 francs suisses.
<i>Art. 5 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 5 para. 3 is amended as follows:</i>	
Le capital de catégorie B de la société s'élève à 50'000'000 de francs suisse entièrement libéré par conversion de fonds propres librement disponible de la société. Il est divisé en 50'000 actions nominatives d'une valeur nominale de 1'000 francs suisses.	Le capital de catégorie B de la société s'élève à 50 millions de francs suisse entièrement libéré par conversion de fonds propres librement disponible de la société. Il est divisé en 500 actions d'une valeur nominale de 100'000 francs suisses.
<i>Art. 5 Abs. 7 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 5 para. 7 is amended as follows:</i>	
[intentionnellement laissé libre].	Lorsque les actionnaires de catégorie A n'ont plus d'obligations au titre de l'article 26 et aucun Montant Prioritaire en faveur des actions de Catégorie A ne reste dû, la société peut, par décision de l'assemblée générale, convertir les actions de catégorie A en actions de catégorie B. En cas de conversion de toutes les actions de catégorie A en actions de catégorie B, les actions de catégorie B constitueront la seule catégorie d'actions et les présents statuts



	seront modifiés afin de supprimer toute différence entre ces classes d'actions.
<i>Art. 5 Abs. 9 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 5 para. 9 is amended as follows:</i>	
Dès qu'il n'existera plus aucune obligation des actionnaires de catégorie A en vertu de l'article 26 (« Déclencheur de conversion »), toutes les actions de catégorie A seront converties en actions de catégorie B (« Conversion »), ce qui nécessite les deux étapes suivantes, la première étape sous (i) ci-dessous pouvant être effectuée à tout moment avant le Déclencheur de conversion : (i) l'assemblée générale doit décider d'augmenter le capital de la catégorie B (à l'exclusion de tout droit de souscription des actionnaires de catégorie B) et entièrement libérer (sur la base de la valeur intrinsèque des actions de catégorie B à cette date, telle que confirmée par des comptes audités datant de moins de six mois) en convertissant les capitaux propres disponibles à hauteur du Montant Prioritaire restant, afin de distribuer les actions de catégorie B nouvellement émises aux actionnaires de catégorie A selon un ratio d'attribution correspondant à leur droit respectif au Montant Prioritaire restant et de distribuer, le cas échéant, les montants en espèces nécessaires pour compenser les différences d'arrondi ; et (ii) l'assemblée générale doit (a) dans une première résolution soumise uniquement à l'enregistrement de la réduction de capital envisagée au point (b) ci-dessous, décider de convertir toutes les actions de classe A en un nombre d'actions de classe B d'une valeur nominale de CHF 1'000 correspondant à la valeur nominale réduite de chaque action de classe A à convertir ; et (b) dans une deuxième résolution, décider de réduire le capital de catégorie A en réduisant la valeur nominale de chaque action de classe A au montant alors libéré pour cette action de classe A (sur la base de comptes audités datant de moins de six mois) et (c) dans une troisième résolution, décider de modifier, soumise à l'entrée en vigueur de la	[nouvellement ajouté]



conversion selon la résolution sous (a), les statuts afin de refléter le fait qu'à la suite de la réduction du capital et de la conversion de toutes les actions de classe A en actions de classe B comme prévu selon (a) et (b) il n'existe qu'une seule catégorie d'actions entièrement libérées ayant la valeur nominale et les mêmes droits que les actions de catégorie B (sans aucun des privilèges des anciennes actions de catégorie A) et, par conséquent, d'éliminer toute distinction entre les droits des anciennes actions de catégorie A et des actions de catégorie B et de supprimer toute référence aux actions A et aux actions B et au capital de catégorie A.

(iii) Le conseil d'administration convoquera les assemblées générales nécessaires à la mise en œuvre des différentes étapes, à condition qu'il convoquera une assemblée générale au plus tard 365 jours suivant la survenance du Déclencheur de conversion afin de mettre en œuvre la première des étapes non encore réalisées à cette date et, le cas échéant, toute assemblée générale supplémentaire nécessaire pour mettre en œuvre les étapes restantes immédiatement après l'étape précédente nécessitant une assemblée distincte. Toutes les résolutions de l'assemblée générale visant à mettre en œuvre les modifications susmentionnées des Statuts constituent des résolutions confirmatoires (chacune une «Résolution Confirmatoire»), soumises au quorum prévu à l'article 15, alinéa 2.

Art. 6 wird wie folgt geändert

Art. 6 is amended as follows:

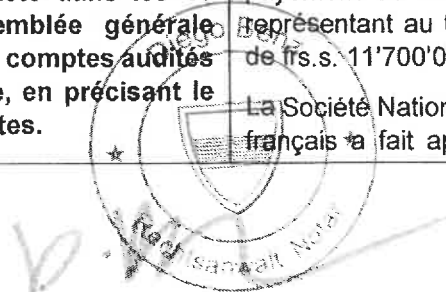
Tout actionnaire peut, à compter de l'année civile suivant la Conversion ayant créé une seule catégorie d'actions, offrir tout ou partie de ses actions à la société en vue de leur rachat, la société étant tenue de racheter les actions ainsi offertes, selon les principes suivants:

Une telle offre peut être faite par un actionnaire une fois par année civile, par notification écrite à la société dans les 60 jours civils suivant l'assemblée générale ordinaire ayant approuvé les comptes audités de l'année civile précédente, en précisant le nombre d'actions ainsi offertes.

A la fondation de la société, sur 5'000 actions représentant le capital initial, 1'270 actions ont été libérées en numéraire et 3'730 actions par apport de wagons. Pour ces dernières actions, la répartition était la suivante :

Le Chemin de fer fédéral allemand a fait apport de wagons d'une valeur globale de frs.s. 11'700'000 et a reçu en paiement de cet apport 1'170 actions représentant au total un capital nominal de frs.s. 11'700'000.

La Société Nationale des Chemins de fer français a fait apport de wagons d'une



Le nombre d'actions qu'un actionnaire peut offrir est limité au nombre qui lui permet de conserver un nombre d'actions suffisant pour satisfaire aux exigences applicables en vertu des politiques de prêt de la société.

Le prix d'achat correspond à la valeur intrinsèque ajustée des actions, multipliée par la décote applicable et est déterminé à la date de fixation du prix par le conseil d'administration avant l'assemblée générale ordinaire, et le prix d'achat par action est communiqué avec la convocation à l'assemblée générale ordinaire.

Pour déterminer la valeur intrinsèque ajustée d'une action, le total des capitaux propres tel qu'il ressort du bilan selon les derniers comptes approuvés par l'assemblée générale ordinaire doit être ajusté des gains ou pertes non récurrents ou exceptionnels (par exemple, dus à des ajustements de valeur du portefeuille de prêts ou des investissements d'un des portefeuilles de trésorerie) depuis la date de ce bilan et divisé par le nombre total d'actions en circulation, déduction faite des actions propres. Le facteur d'escompte est calculé sur la base d'un taux d'intérêt annuel de 4 %, d'une méthode de capitalisation « annuelle » et d'une convention de comptage des jours « Act/365 fixed ». Le numérateur de la convention de calcul des jours est le nombre effectif de jours entre la date de fixation du prix et la date du 20 novembre 2056. Pour la précision, le facteur d'escompte est calculé selon la formule suivante :

Le facteur d'escompte =

$$\frac{1}{(1 + 4\%)^{\frac{20 \text{ novembre } 2056 - \text{date de l'achat}}{365}}}$$

A partir du 20 novembre 2056 (inclus), aucun escompte ne sera plus applicable.

Si, au cours d'une année civile donnée, le prix d'achat total des actions offertes à l'achat par la société dépasse les fonds propres de la société pouvant être librement distribués aux actionnaires, la société ne sera tenue d'acheter que le nombre d'actions qui éliminera un tel excédent et tout achat auprès des actionnaires ayant proposé des actions sera réduit proportionnellement (pro rata) au nombre d'actions offertes par un actionnaire

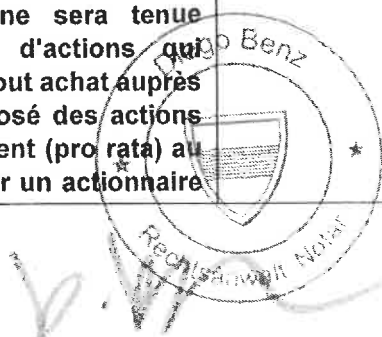
valeur
reçu en paiement de cet apport 1'170 actions représentant au total un capital nominal de frs.s. 11'700'000.

Les Chemins de fer italiens de l'Etat ont fait apport de wagons d'une valeur globale de paiement de cet apport 630 actions représentant au total un capital nominal de frs.s. 6'300'000.

La Société Nationale des Chemins de fer belges a fait apport de wagons d'une valeur globale de frs.s. 4'900'000 et a reçu en paiement de cet apport 490 actions représentant au total un capital nominal de frs.s. 4'900'000.

Les Chemins de fer néerlandais S.A. ont fait apport de wagons d'une valeur globale de paiement de cet apport 270 actions représentant au total un capital nominal de frs.s. 2'700'000.

Les listes numériques des wagons apportés et les protocoles d'estimation étaient annexés aux documents d'origine.



par rapport au nombre total d'actions offertes.

L'achat des actions offertes par les actionnaires conformément aux principes énoncés ci-dessus doit être effectué au plus tard 270 jours civils après l'assemblée générale ordinaire approuvant les comptes audités de l'année civile précédente, étant entendu que la société peut reporter le paiement du prix d'achat jusqu'à trois ans.

Si, au cours d'une année civile donnée, le nombre total d'actions offertes, y compris le nombre d'actions offertes pour cette année, dépasse 60 % du nombre d'actions ou de la valeur nominale de ces actions à la date de réalisation de la conversion en une seule catégorie d'actions, l'offre d'actions de cette année civile sera suspendue et une assemblée générale extraordinaire sera convoquée afin de décider si la société doit être dissoute en lieu et place de l'achat des actions par la société. Si la dissolution n'est pas approuvée lors de cette assemblée générale extraordinaire, la société achètera les actions proposées conformément aux principes énoncés ci-dessus dans un délai de 270 jours civils après ladite assemblée générale extraordinaire.

La société peut détenir les actions acquises dans le cadre de ces offres en tant qu'actions propres jusqu'à concurrence de 20 % du capital social alors en vigueur et disposer librement de ces actions en les vendant aux actionnaires existants ou à de nouveaux actionnaires acceptés par l'assemblée générale. Tout excédent d'actions propres doit en règle générale être éliminé par une réduction correspondante du capital social.

Art. 9 Abs. 2 wird wie folgt geändert

Art. 9 para. 2 is amended as follows:

Pour l'application des présents Statuts, les termes « administration de chemins de fer » ou « administration » signifient (i) un Etat signataire de la convention internationale relative à la constitution de la société ou ayant adhéré à ladite convention (un « Etat Membre »), (ii) ses subdivisions politiques, qui **dévoient** généralement être constituées au niveau immédiatement inférieur à celui de l'Etat membre et limitées à ce niveau

Pour l'application des présents Statuts, les termes « administration de chemins de fer » ou « administration » signifient (i) un Etat signataire de la convention internationale relative à la constitution de la société ou ayant adhéré à ladite convention (un « Etat Signataire »), (ii) ses subdivisions politiques, (iii) leurs agences gouvernementales respectives ou les organismes ou entités que ces

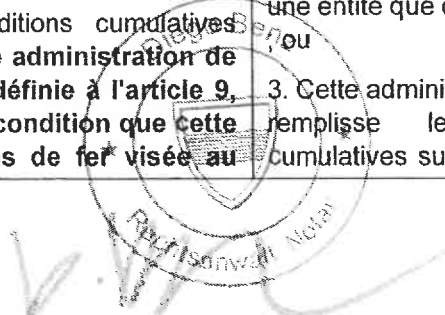
Rechtsanwalt Notar

(«Subdivision»), leurs agences gouvernementales respectives ou les organismes ou entités que ces Etats ou subdivisions contrôlent, ou (iv) toute entreprise ou groupe de telle entreprises de droit public ou privé qui, dans l'intérêt public, fournit des services de transport par chemin de fer civil ou militaire, possède ou utilise en commun du matériel ferroviaire pour de tels services de transport ou gère de l'infrastructure ferroviaire, dans un Etat Membre. Les activités d'une administration de chemins de fer visée au point (iv) dans un Etat Membre seront réputées d'intérêt public lorsque cet Etat Membre, sa Subdivision, leurs agences gouvernementales respectives ou les organismes publics que cet Etat ou Subdivision contrôlent lui ont attribué (ou, lorsque cette administration acquerra effectivement la qualité d'actionnaire, lui auront attribué) un ou plusieurs contrats de service public, tels que définis dans la législation applicable dans cet Etat membre.	Etats ou subdivisions contrôlent, ou (iv) toute entreprise publique ou privée, ou groupe de telles entreprises, qui, dans l'intérêt public, fournit des services de transport par chemin de fer ou gère de l'infrastructure ferroviaire dans un Etat Signataire. Les activités d'une administration de chemins de fer visée au point (iv) dans un Etat Signataire qui est également un Etat Membre de l'Union Européenne seront réputées d'intérêt public lorsque cet Etat Signataire, ses subdivisions politiques, leurs agences gouvernementales respectives ou les organismes publics que cet Etat ou subdivisions contrôlent lui ont attribué (ou, lorsque cette administration acquerra effectivement la qualité d'actionnaire, lui auront attribué) un ou plusieurs contrats de service public, et le terme « contrat de service public » aura le sens qui lui est donné dans le règlement (CE) n°1370/2007 du 23 octobre 2007 relatif aux services publics de transport de voyageurs par chemin de fer et par route et abrogeant les règlements (CEE) n°1191/69 et (CEE) n°1107/70 du Conseil (tel que modifié, complété ou remplacé, le « Règlement 1370/2007 »).
---	--

Art. 9 Abs. 3 wird wie folgt geändert

Art. 9 para. 3 is amended as follows:

L'assemblée générale peut admettre une administration de chemins de fer comme actionnaire à condition que : 1. L'Etat Membre intéressé ait fait connaître préalablement qu'il est disposé à accorder sa garantie sur les engagements pris par cette administration envers la société ; ou 2. Cette administration de chemins de fer soit elle-même un Etat Membre (et non, pour écarter tout doute, une Subdivision de cet Etat, une de ses agences gouvernementales ou un organisme ou une entité que cette subdivision contrôle) ; ou 3. Cette administration de chemins de fer remplisse les quatre conditions cumulatives suivantes : (i) il s'agit d'une administration de chemins de fer telle que définie à l'article 9, alinéa 2, point ii) ou iii), à condition que cette administration de chemins de fer visée au	L'assemblée générale peut admettre une administration de chemins de fer comme actionnaire à condition que : 1. L'Etat Signataire intéressé ait fait connaître préalablement qu'il est disposé à accorder sa garantie sur les engagements pris par cette administration envers la société ; ou 2. Cette administration de chemins de fer soit elle-même un Etat Signataire (et non, pour écarter tout doute, une subdivision politique de cet Etat, une de ses agences gouvernementales ou un organisme ou une entité que cette subdivision contrôle) 3. Cette administration de chemins de fer remplisse les quatre conditions cumulatives suivantes : (i) il s'agit d'une
--	---



point ii) ou iii) soit garantie par une Subdivision intéressée ou qu'une Subdivision soit par ailleurs tenue par leurs engagements envers la société, (ii) elle devient actionnaire aux seules fins de donner sa garantie sur des **contrats de financement** qui seraient conclus entre la société et des administrations de chemins de fer qui ne sont pas actionnaires conformément à l'article 3, alinéa 2, (iii) les actions qu'elle détient dans le capital de la société sont entièrement libérées, et (iv) l'on ne peut raisonnablement s'attendre à ce que son admission en tant qu'actionnaire ait un impact négatif sur la notation du crédit de la société.

subdivision politique d'un Etat Signataire, d'une de ses agences gouvernementales ou d'un organisme ou entité que cette subdivision contrôle (à condition que pareille agence, organisme ou entité soit garantie par la subdivision politique intéressée ou que cette subdivision politique soit par ailleurs tenue par leurs engagements envers la société), (ii) elle devient actionnaire aux seules fins de donner sa garantie principale sur des Contrats de Financement qui seraient conclus entre la société et des administrations de chemins de fer qui ne sont pas actionnaires conformément à l'article 3, alinéa 2, (iii) les actions qu'elle détient dans le capital de la société sont entièrement libérées, et (iv) l'on ne peut raisonnablement s'attendre à ce que son admission en tant qu'actionnaire ait un impact négatif sur la notation du crédit de la société.

Art. 10 wird wie folgt geändert

Art. 10 is amended as follows:

L'assemblée générale est le pouvoir suprême de la société. Elle a les attributions suivantes :

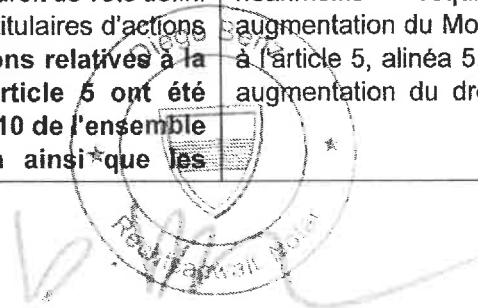
1. Elle nomme les membres du conseil d'administration.
2. Elle désigne le président et les vice-présidents du conseil d'administration.
3. Elle nomme l'organe de révision.
4. Elle modifie les statuts à l'exception des modifications qui sont de la compétence du conseil d'administration visées à l'article 21 alinéa 3 point 6.
5. Elle décide toute augmentation ou réduction du capital social, tout rachat d'actions et toute conversion d'actions, **sauf si cette compétence a été déléguée au conseil d'administration.**
6. Elle prend toutes décisions relatives aux cessions d'actions et de droits de souscription **sauf les transferts délégués au Conseil d'administration.**
7. Elle prononce la dissolution de la société et nomme les liquidateurs.
8. Elle adopte les résolutions visant à modifier l'accord de base tel que prévu dans celui-ci.

L'assemblée générale est le pouvoir suprême de la société. Elle a les attributions suivantes :

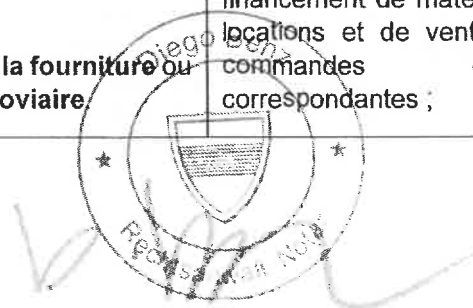
1. Elle nomme les membres du conseil d'administration.
2. Elle désigne le président et les vice-présidents du conseil d'administration.
3. Elle nomme l'organe de révision.
4. Elle modifie les statuts à l'exception des modifications qui sont de la compétence du conseil d'administration visées à l'article 21 alinéa 3 point 6.
5. Elle décide toute augmentation ou réduction du capital social, tout rachat d'actions et toute conversion d'actions.
6. Elle prend toutes décisions relatives aux cessions d'actions et de droits de souscription.
7. Elle prononce la dissolution de la société et nomme les liquidateurs.
8. Elle prononce la prorogation de la société.



9. Elle approuve le règlement de gestion visé à l'article 21 alinéa 2. 10. Elle prend connaissance du rapport de l'organe de révision, examine le rapport de gestion et approuve le rapport annuel et les comptes annuels, statue sur l'emploi du bénéfice net et donne décharge aux administrateurs. 11. Elle fixe le montant maximum des emprunts pouvant être conclus dans une période déterminée. 12. Elle statue sur toutes les autres questions qui lui sont réservées, ou qui lui sont soumises par le conseil d'administration.	9. Elle approuve le règlement de gestion visé à l'article 21 alinéa 2. 10. Elle prend connaissance du rapport de l'organe de révision, examine le rapport de gestion et approuve le rapport annuel et les comptes annuels, statue sur l'emploi du bénéfice net et donne décharge aux administrateurs. 11. Elle fixe le montant maximum des emprunts pouvant être conclus dans une période déterminée. 12. Elle statue sur toutes les autres questions qui lui sont réservées, ou qui lui sont soumises par le conseil d'administration.
<i>Art. 13 Abs. 2 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 13 para. 2 is amended as follows:</i>	
La convocation doit indiquer l'ordre du jour et, si celui-ci implique une modification des statuts (point 4 et 5 de l'article 10), la teneur essentielle de la modification proposée. Alternativement, les documents peuvent être mis à disposition par voie électronique. Dans ce cas, les données d'accès doivent être envoyées aux actionnaires avec la convocation. Il est possible de renoncer à la désignation d'un représentant indépendant dans la convocation, indépendamment de la forme 'de l'assemblée générale.	La convocation doit indiquer l'ordre du jour et, si celui-ci implique une modification des statuts (point 4, 5 et 8 de l'article 10), la teneur essentielle de la modification proposée. Alternativement, les documents peuvent être mis à disposition par voie électronique. Dans ce cas, les données d'accès doivent être envoyées aux actionnaires avec la convocation. Il est possible de renoncer à la désignation d'un représentant indépendant dans la convocation, indépendamment de la forme 'de l'assemblée générale.
<i>Art. 15 Abs. 2 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 15 para. 2 is amended as follows:</i>	
L'assemblée générale prend ses décisions à la majorité des Voix représentées. Par exception, dans les cas énumérés sous les points 4, 5, 6, 7, 8 et 11 de l'article 10 alinéa 2, ci-dessus, la majorité requise est de 7/10 de l'ensemble des Voix. Une majorité de 7/10 de l'ensemble des Voix et dans chaque catégorie d'actions sera néanmoins requise pour une augmentation du Montant Prioritaire visé à l'article 5, alinéa 5, ainsi que pour une augmentation du droit de vote défini à l'article 14 au préjudice des titulaires d'actions de catégorie B. Les dispositions relatives à la Conversion envisagée à l'article 5 ont été adoptées à la majorité des 7/10 de l'ensemble des Voix et la Conversion ainsi que les	L'assemblée générale prend ses décisions à la majorité des Voix représentées. Par exception, dans les cas énumérés sous les points 4, 5, 6, 7, 8 et 11 de l'article 10 ci-dessus, la majorité requise est de 7/10 de l'ensemble des Voix. Une majorité de 7/10 de l'ensemble des Voix et dans chaque catégorie d'actions sera néanmoins requise pour une augmentation du Montant Prioritaire visé à l'article 5, alinéa 5, ainsi que pour une augmentation du droit de vote défini à



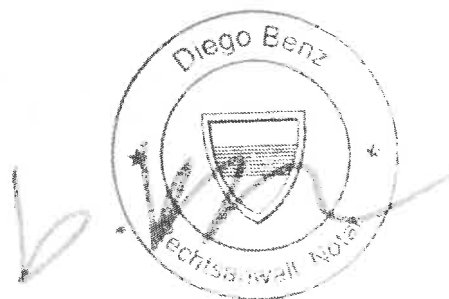
mesures qui y sont prévues ne peuvent être modifiées ou supprimées qu'à la majorité des 7/10 de l'ensemble des Voix. Sur cette base, toute Résolution Confirmatoire visant à mettre en œuvre la conversion des actions de catégorie A telle qu'envisagée à l'article 5 doit être adoptée à la majorité des trois dixièmes de l'ensemble des Voix ou, en cas de réduction du capital social de catégorie A, à la majorité des 3/10 des votes des actionnaires de catégorie A, c'est-à-dire qu'une Résolution Confirmatoire ne peut être bloquée qu'à la majorité des 7/10 de l'ensemble des Voix ou des votes des actionnaires de catégorie A, selon le cas.	l'article 14 au préjudice des titulaires d'actions de catégorie B.
<i>Art. 17 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 17 para. 3 is amended as follows:</i>	
Le procès-verbal doit être signé par le président de séance et le secrétaire.	Le procès-verbal doit être signé par le président de séance, les scrutateurs et le secrétaire.
<i>Art. 21 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 21 para. 3 is amended as follows:</i>	
Dans ce règlement, qui doit être approuvé par l'assemblée générale, le conseil d'administration doit cependant réserver à sa propre décision, ce qui, dans les cas des points 3 et 4, peut être fait de manière globale en fixant un budget périodique et les utilisations autorisées, assorti d'une obligation d'information au conseil d'administration sur les emprunts contractés et/ou l'utilisation qui en est faite : 1. La composition de la direction, la fixation des conditions d'engagement, la nomination et la révocation des membres de celle-ci et l'acceptation de leur démission ; 2. La désignation des administrateurs autorisés à signer au nom de la société, ainsi que l'attribution du droit de signature à des personnes ne faisant pas partie du conseil d'administration (directeurs, fondés de pouvoirs) ; 3. La conclusion d'emprunts, quelle qu'en soit la forme, dans les limites fixées par l'assemblée générale ; 4. La conclusion des contrats de la fourniture ou de financement de matériel ferroviaire.	Dans ce règlement, qui doit être approuvé par l'assemblée générale, le conseil d'administration doit cependant réserver à sa propre décision : 1. La composition de la direction, la fixation des conditions d'engagement, la nomination et la révocation des membres de celle-ci et l'acceptation de leur démission ; 2. La désignation des administrateurs autorisés à signer au nom de la société, ainsi que l'attribution du droit de signature à des personnes ne faisant pas partie du conseil d'administration (directeurs, fondés de pouvoirs) ; 3. La conclusion d'emprunts, quelle qu'en soit la forme, dans les limites fixées par l'assemblée générale ; 4. La conclusion des contrats de financement de matériel, notamment de locations et de ventes, ainsi que des commandes de matériel correspondantes ;



5. L'établissement du rapport de gestion, la préparation de l'assemblée générale et l'exécution de ses décisions ; 6. L'appel ultérieur et les conditions d'apports relatifs aux actions non entièrement libérées, ainsi que la modification correspondante de l'article 5 concernant le montant du capital social libéré.	5. L'établissement du rapport de gestion, la préparation de l'assemblée générale et l'exécution de ses décisions ; 6. L'appel ultérieur et les conditions d'apports relatifs aux actions non entièrement libérées, ainsi que la modification correspondante de l'article 5 concernant le montant du capital social libéré.
<i>Art. 21 Abs. 4 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 21 para. 4 is amended as follows:</i>	
Le conseil d'administration établit les politiques de prêt réglant entre autres les critères et conditions d'éligibilité aux financements octroyés par la société et les catégories de matériel roulant et de matériel ferroviaire éligibles à ces financements. Ces politiques de prêt contiennent une exigence d'affectation des fonds empruntés réservant les financements faits à des emprunteurs éligibles au financement de matériel ferroviaire utilisé dans le service public, tel que ce terme est défini dans la législation applicable dans le ou les États membres concernés (c'est-à-dire dans l'État membre ou sa Subdivision qui accorde le droit/l'obligation d'exploiter ce matériel ferroviaire dans le service public ou, s'il s'agit d'un État membre différent, dans lequel ce matériel ferroviaire est exploité dans le service public) à tout moment. Les politiques de prêt détermineront en outre la nature et le montant de la sûreté réelle de la société sur le matériel ferroviaire financé par la Société et les critères selon lesquels la Société peut renoncer à l'exigence d'une sûreté réelle sur le matériel ferroviaire qu'elle finance.	Le conseil d'administration arrête également les politiques de prêt réglant entre autres les critères et conditions d'éligibilité aux financements octroyés par la société. Ces politiques contiennent une exigence d'affectation des fonds empruntés réservant les financements faits à des emprunteurs dans un Etat Signataire qui est également un Etat Membre de l'Union Européenne à du matériel roulant destiné à être utilisé pour des services publics de transport de voyageurs par chemin de fer fournis moyennant le respect d'obligations de service public. Le terme « obligations de service public » aura le sens qui lui est donné dans le Règlement 1370/2007.
<i>Art. 26 Abs. 4 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 26 para. 4 is amended as follows:</i>	
Les montants payés par les actionnaires en tant que garants au titre de la Garantie des Actionnaires seront remboursés, au prorata, dans la mesure des sommes que la société aura pu obtenir ultérieurement au titre de sa créance relative au Contrat de Financement concerné ou du matériel ferroviaire visé par ce Contrat de Financement.	Les montants payés par les actionnaires en tant que garants au titre de la Garantie des Actionnaires seront remboursés, au prorata, dans la mesure des sommes que la société aura pu obtenir ultérieurement au titre de sa créance relative au Contrat de Financement concerné ou du matériel visé par ce Contrat de Financement.

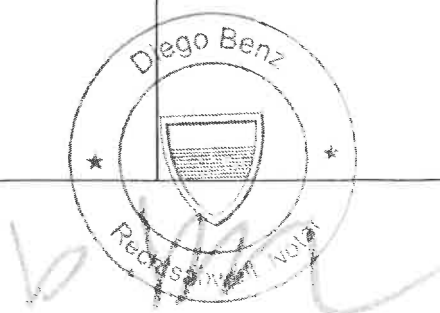


<i>Art. 30 Abs. 1 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 30 para. 1 is amended as follows:</i>	
En cas de dissolution, la société est mise en liquidation. Elle est alors considérée comme étant en liquidation.	Au terme fixé à l'article 4 pour l'expiration de la société ou en cas de dissolution anticipée, la société entre en liquidation. Elle est, dès lors, réputée exister pour sa liquidation.
<i>Art. 30 Abs. 3 wird wie folgt geändert</i> <i>Art. 30 para. 3 is amended as follows:</i>	
Toutefois, la liquidation ne peut être effectuée que si tous les engagements de la société sont respectés, notamment envers les obligataires, les locataires, et le cas échéant, les constructeurs de matériels ferroviaire.	Toutefois, la liquidation ne peut être effectuée que si tous les engagements de la société sont respectés, notamment envers les obligataires, les locataires, et le cas échéant, les constructeurs de matériels.

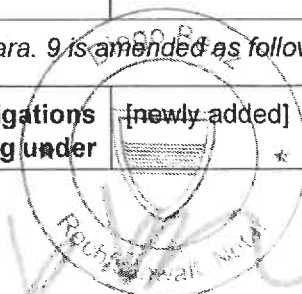


[Informelle englische Übersetzung der Statutenänderungen zu Informationszwecken und nicht Gegenstand der Beschlussfassung über Statutenänderungen, welche einzig die deutsche und französische Originalfassung betreffen: [Informal English translation of the amendments of the Statutes for information purposes and not forming part of the resolutions regarding amendment of the Statutes which only concern the German and French original version]

Revised text (amendments bold),)	Old text:
<i>Art. 3 para. 1 is amended as follows:</i>	
The objectives of the Company are to provide or finance [<i>French version only: railway equipment</i>] to or for any shareholder, whether (i) for its own operations (ii) for the operations of any undertaking controlled by or affiliated with such shareholder, or (iii) for the operations of any undertaking which is not controlled by or affiliated with such shareholder, provided that such undertaking is a railway administration as defined in Article 9 Paragraph 2 (which, for the avoidance of doubt, may but need not be a shareholder). The term railway equipment shall be understood broadly to refer to any rolling stock operated in a transportation network based on tracks or similar technology (including metros and tramways) and its equipment.	The objectives of the Company are to provide or finance [<i>French version only: rolling stock</i>] to or for any shareholder, whether (i) for its own operations (ii) for the operations of any undertaking controlled by or affiliated with such shareholder, or (iii) for the operations of any undertaking which is not controlled by or affiliated with such shareholder, provided that such undertaking is a railway administration as defined in Article 9 Paragraph 2 (which, for the avoidance of doubt, may but need not be a shareholder).
<i>Art. 3 para. 2 is amended as follows:</i>	
The Company may also provide or finance railway equipment directly to railway administrations as defined in Article 9 Paragraph 2 which are not its shareholders, provided that, unless such railway administration is controlled by or affiliated with a shareholder and based thereon a Member State confirms its willingness to extend its guarantee or liability to such railway administration's obligations, one or more shareholders must be liable for, guarantee or otherwise allow recourse to it with respect to the obligations of such railway administration towards the Company.	The Company may also provide or finance rolling stock directly to railway administrations which are not its shareholders, provided that one or more shareholders must act as principal guarantors with respect to the obligations of such railway administration towards the Company.



<i>Art. 3 para. 3 is amended as follows:</i>	
Any financing by the Company shall be subject to the lending policies established by the Board of Directors pursuant to and as further specified in Article 21.	Any financing by the Company shall be subject to the lending policies established by the Board of Directors pursuant to Article 21.
<i>Art. 4 is amended as follows:</i>	
The Company shall exist for an unlimited time.	The Company was established for a period of 50 years. Upon expiration of this term, the life of the Company will be extended for another 50 years until November 20, 2056.
<i>Art. 5 para. 2 is amended as follows:</i>	
The Class A Share Capital of the Company totals 2'600'000'000 Swiss francs of which 520'000'000 Swiss francs (20%) are paid-up. It is divided into 26'000'000 registered shares of a nominal value of 100 Swiss francs.	The Class A Share Capital of the Company totals 2'600'000'000 [<i>French version 2 milliards 600 million</i>] Swiss francs of which 520'000'000 [<i>French version 520 millions</i>] Swiss francs (20%) are paid-up. It is divided into 260'000 shares of a nominal value of 10'000 Swiss francs.
<i>Art. 5 para. 3 is amended as follows:</i>	
The Class B Share Capital of the Company totals 50'000'000 Swiss francs of which 50'000'000 Swiss francs (100%) are paid-up. It is divided into 50'000 registered shares of a nominal value of 1'000 Swiss francs. The Class B Share Capital was paid up from freely available equity capital of the Company.	The Class B Share Capital of the Company totals 50'000'000 Swiss francs of which 50'000'000 Swiss francs (100%) are paid-up. It is divided into 500 shares of a nominal value of 100'000 Swiss francs. The Class B Share Capital was paid up from freely available equity capital of the Company.
<i>Art. 5 para. 7 is amended as follows:</i>	
[left blank intentionally]	The Company may at such time as there are no obligations of Class A Shareholders remaining under article 26 and no Preference Amount in favor of Class A Shares remains outstanding by a resolution of the General Assembly convert Class A Shares into Class B Shares. Upon conversion of all Class A Shares into Class B Shares, such Class B Shares shall constitute the only class of shares and the Statutes shall be amended so as to eliminate any distinction between such classes of shares.
<i>Art. 5 para. 9 is amended as follows:</i>	
At such time as there are no obligations of Class A Shareholders remaining under	[newly added]



Article 26 ("Conversion Trigger") all Class A Shares shall be converted into Class B Shares ("Conversion"), which requires the following two steps whereby the first step under (i) below can be taken at any time prior to the Conversion Trigger:

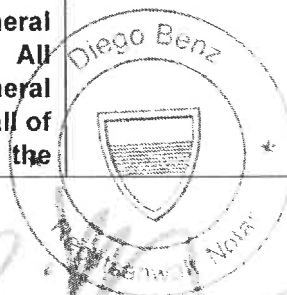
- (i) the General Assembly shall resolve to increase the B Share Capital (to the exclusion of any subscription right of any Class B Shareholder) and fully pay in (based on the intrinsic value of the B Shares at such time as confirmed by audited accounts not older than 6 months) by converting available equity in the amount of the then remaining Preference Amount, to distribute the newly issued Class B Shares to the Class A Shareholders in an allocation ratio according to their respective entitlement to such remaining Preference Amount and the distribution, if any, of such cash amounts as shall be required to compensate for any rounding differences; and
- (ii) the General Assembly shall
 - (a) in a first resolution subject only to the registration of the capital reduction contemplated to be resolved under (b) below resolve to convert all Class A Shares into such number of Class B Shares with a nominal value of CHF 1'000 that corresponds to the reduced nominal value of each Class A Share to be converted; and
 - (b) in a second resolution, resolve to reduce the A Share Capital by reducing the nominal value of each Class A Share to the



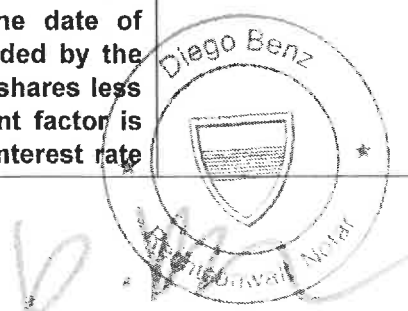
amount then paid in with respect to such Class A Share (based on audited accounts not older than 6 months and

- (c) In a third resolution, subject to the coming into effect of the conversion resolved under (a), resolve to amend the Statutes so as to reflect the fact that following the capital reduction and conversion of all Class A Shares into B Shares as contemplated under (a) and (b) there is only one class of fully paid-in Shares carrying the nominal value and carrying the same rights of Class B Shares (without any privileges of the former Class A Shares) and, hence, eliminating any distinctions made between rights of the former Class A Shares and Class B Shares and deleting any reference to A Shares and B Shares and the A Share Capital.

- (iii) The Board of Directors shall call the necessary General Assemblies to implement the various steps provided that it shall call a General Assembly no later than 365 days following the occurrence of the Conversion Trigger to implement the first of the steps not implemented by then and, as required, such further General Assemblies as required to implement any remaining steps immediately following a previous step for which a separate General Assembly was required. All resolutions of the General Assembly to implement all of the above changes to the



Statutes shall constitute confirmatory resolutions (each a "Confirmatory Resolution") subject to the quorum set out in Article 15 Paragraph 2.	
<i>Art. 6 is amended as follows:</i>	
Any shareholder may as from the calendar year following the Conversion having created one single class of shares tender all or part of its shares for purchase and the Company shall purchase any shares so tendered, subject to the following principles. Such tender can be exercised by a shareholder once per calendar year by written notification to the Company within 60 calendar days following the Ordinary General Meeting approving the audited accounts of the previous calendar year, setting out the number of shares so tendered. The number of shares that a shareholder may tender is limited to such number that will leave the shareholder with a sufficient number of shares to satisfy the then applicable requirements under the Company's lending policies. The purchase price shall correspond to the adjusted intrinsic value of the shares multiplied by the relevant discount factor and shall be fixed as of the price fixing date set by the Board of Directors ahead of the Ordinary General Meeting and the purchase price per share shall be communicated with the invitation to the Ordinary General Meeting. To arrive at the adjusted intrinsic value of a share the total equity as per the balance sheet in the last audited financial statements as approved by the Ordinary General Meeting shall be adjusted for non-recurring or one-off gains or losses (e.g. due to value adjustments to the loan portfolio or investments from one of the treasury portfolios) since the date of such balance sheet and divided by the total number of outstanding shares less treasury shares. The discount factor is calculated using an annual interest rate	At the establishment of the Company, of 5'000 shares representing the initial capital, 1270 shares have been paid up in cash and 3'730 shares by contributing wagons. For these last-mentioned shares, the distribution was as follows: The German Federal Railway contributed wagons aggregating 11'700'000 Swiss francs and received 1'170 shares in return, total nominal value 11'700'000 Swiss francs. The French National Railways contributed wagons aggregating 11'700'000 Swiss francs and received 1'170 shares in return, total nominal value 11'700'000 Swiss francs. The Italian State Railways contributed wagons aggregating 6'300'000 Swiss francs and received 630 shares in return, total nominal value 6'300'000 Swiss francs. The Belgian National Railways contributed wagons aggregating 4'900'000 Swiss francs and received 490 shares in return, total nominal value 4'900'000 Swiss francs. The Netherlands Railways contributed wagons aggregating 2'700'000 Swiss francs and received 270 shares in return, total nominal value 2'700'000 Swiss francs. Numerical lists of the wagons contributed and Protocols showing the estimated value of these wagons were annexed to the original founding documents.



of 4%, an 'annual' compounding method and an 'Act/365 fixed' day-count convention. The numerator of the day-count convention is the actual number of days between the price fixing date and the date of November 20, 2056, By way of clarification, the discount factor is calculated based on the following formula:

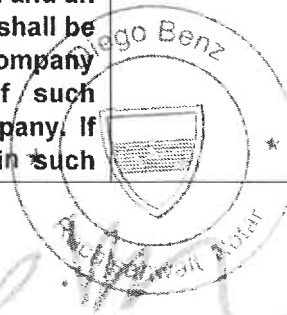
$$\text{Discount factor} = \frac{1}{(1 + 4\%)^{\frac{\text{November 20, 2056} - \text{purchase date}}{365}}}$$

No discount shall apply as from November 20, 2056 (inclusive).

If in any given calendar year the aggregate purchase price of shares tendered for purchase by the Company exceeds the equity of the Company that can be freely distributed to the shareholders then the Company shall only be required to purchase such lesser number of shares that will eliminate such excess and any purchase from shareholders having tendered shares shall be reduced pro rata of the number tendered by a shareholder to the aggregate tendered shares.

The purchase of any shares tendered by shareholders in compliance with the above stated principles shall be completed by no later than 270 calendar days following the Ordinary General Meeting approving the audited accounts of the previous calendar year, provided that the Company may defer payment of the purchase price for up to 3 years.

Should in any given calendar year the aggregate number of shares tendered up to and including the number of shares tendered for such year exceed 60 percent of the number of shares or the nominal value of such shares at the completion of the Conversion into one single class of shares, then the tender of shares of such calendar year shall be suspended and an extraordinary General Assembly shall be called to resolve whether the Company shall be dissolved in lieu of such purchase of shares by the Company. If the dissolution does not pass in such



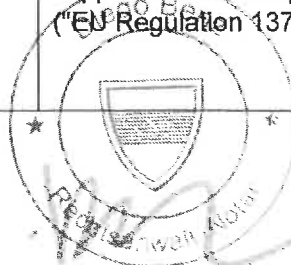
extraordinary General Assembly, the Company shall purchase the tendered shares in line with the principles set out above within 270 calendar days following such extraordinary General Assembly.

The Company may hold shares acquired through such tenders as treasury shares up to 20% of the then applicable share capital and freely dispose of such shares through sales of such shares to existing shareholders or new shareholders accepted by the General Assembly. Any excess treasury shares shall as a rule be eliminated by a corresponding reduction of the share capital.

Art. 9 para. 2 is amended as follows:

The terms "railway administration" or "administration" as used in these Statutes mean (i) a State which is a signatory of the international Convention for the establishment of the Company or has acceded to that Convention ("**Member State**"), (ii) its political subdivisions (**which shall as a rule be comprised of and limited to the first tier below the Member State**) ("**Subdivision**"), (iii) their respective instrumentalities or bodies or entities controlled by them, or (iv) any public or private **law** undertaking or group of such undertakings which operates civil or **military rail transport services, owns or pools railway equipment for purposes of such** rail transport services or manages railway infrastructure, in each case in the public interest in a **Member State**. The operations of a railway administration referred to in item (iv) will be considered in the public interest if the relevant railway administration is (or, when effectively becoming a shareholder, will be) entrusted with one or more public service contracts by a **Member State**, its **Subdivision**, their respective instrumentalities or public bodies controlled by them, **as defined in the legislation applicable in such Member State**.

The terms "railway administration" or "administration" as used in these Statutes mean (i) a State which is a signatory of the international Convention for the establishment of the Company or has acceded to that Convention ("**Contracting State**"), (ii) its political subdivisions, (iii) their respective instrumentalities or bodies or entities controlled by them, or (iv) any public or private undertaking or group of such undertakings which operates rail transport services or manages railway infrastructure, in each case in the public interest, in a Contracting State. The operations of a railway administration referred to in item (iv) from a Contracting State which is also a Member State of the European Union will be considered in the public interest if the relevant railway administration is (or, when effectively becoming a shareholder, will be) entrusted with one or more public service contracts by such Contracting State, its political subdivisions, their respective instrumentalities or public bodies controlled by them, and the term "public service contract" will have the meaning given to such term in EU Regulation 1370/2007 of 23 October 2007 on public passenger transport services by rail and by road and repealing Council Regulations 1191/69 and 1107/70 (as amended, supplemented or replaced from time to time) ("**EU Regulation 1370/2007**").



Art. 9 para. 3 is amended as follows:

The General Assembly may only admit a railway administration as shareholder if:

1. **A Member State** has previously indicated its willingness to act as guarantor with respect to the obligations of such railway administration towards the Company; or
2. Such railway administration is a **Member State** itself (to the exclusion, for the avoidance of doubt, of its political subdivisions or any of their instrumentalities or bodies or entities controlled by them); or
3. Such railway administration fulfills the following four cumulative conditions: (i) it is a **railway administration as defined in Article 9 Paragraph 2 under (ii) or (iii)** provided that such **railway administration under (ii) or (iii)** benefits from the guarantee of a **Subdivision or a Subdivision** is otherwise liable for its obligations towards the Company), (ii) it becomes a shareholder solely for the purpose of acting as [French version **principal**] guarantor with respect to finance contracts that would be concluded between the Company and railway administrations which are not shareholders pursuant to Article 3 Paragraph 2, (iii) the shares it holds in the Company are fully paid-up, and (iv) its admission as a shareholder is not reasonably expected to negatively affect the credit rating of the Company.

The General Assembly may only admit a railway administration as shareholder if:

1. The relevant Contracting State has previously indicated its willingness to act as guarantor with respect to the obligations of such railway administration towards the Company; or
2. Such railway administration is a Contracting State itself (to the exclusion, for the avoidance of doubt, of its political subdivisions or any of their instrumentalities or bodies or entities controlled by them); or
3. Such railway administration fulfills the following four cumulative conditions: (i) it is a political subdivision of a Contracting State or any of its instrumentalities or bodies or entities controlled by it (provided that such instrumentality, body or entity benefits from the guarantee of the relevant political subdivision or the relevant political subdivision is otherwise liable for its obligations towards the Company), (ii) it becomes a shareholder solely for the purpose of acting as [French version principal] guarantor with respect to finance contracts that would be concluded between the Company and railway administrations which are not shareholders pursuant to Article 3 Paragraph 2, (iii) the shares it holds in the Company are fully paid-up, and (iv) its admission as a shareholder is not reasonably expected to negatively affect the credit rating of the Company.

Art. 10 is amended as follows:

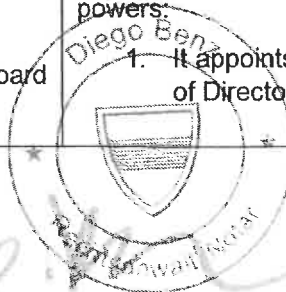
The General Assembly is the supreme authority of the Company.

It has the following powers:

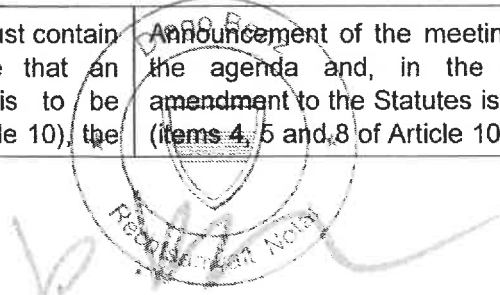
1. It appoints the members of the Board of Directors.

The General Assembly is the supreme authority of the Company. It has the following powers:

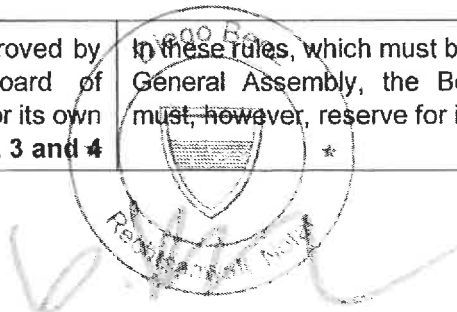
1. It appoints the members of the Board of Directors.



2. It designates the Chairperson and Vice Chairperson of the Board of Directors. 3. It appoints the Auditors. 4. It amends the Statutes except for amendments which are in the competence of the Board of Directors dealing with further capital calls in accordance with Article 21 Paragraph 3 item 6. 5. It decides on any increase or reduction in the registered capital, redemptions of shares and conversions of shares except where delegated to the Board of Directors. 6. It adopts all decisions relating to transfers of shares and subscription rights except for transfers delegated to the Board of Directors. 7. It decides upon the dissolution of the Company and appoints the liquidators. 8. It adopts resolutions to amend the Basic Agreement as contemplated therein. 9. It approves the Management Rules referred to in Article 21 Paragraph 2. 10. It takes note of the report of the Auditors, reviews the annual report and approves the management report and the annual accounts, decided upon the use of the net surplus and the discharge of the duties of the Board of Directors. 11. It determines the maximum amount of loans to be contracted during a given period. 12. It decides upon any other questions which are allocated or submitted to it by the Board of Directors.	2. It designates the Chairperson and Vice Chairperson of the Board of Directors. 3. It appoints the Auditors. 4. It amends the Statutes except for amendments which are in the competence of the Board of Directors dealing with further capital calls in accordance with Article 21 Paragraph 3 item 6. 5. It decides on any increase or reduction in the registered capital, redemptions of shares and conversions of shares. 6. It adopts all decisions relating to transfers of shares and subscription rights. 7. It decides upon the dissolution of the Company and appoints the liquidators. 8. It decides upon the extension of the duration of the Company. 9. It approves the Management Rules referred to in Article 21 Paragraph 2. 10. It takes note of the report of the Auditors, reviews the annual report and approves the management report and the annual accounts, decided upon the use of the net surplus and the discharge of the duties of the Board of Directors. 11. It determines the maximum amount of loans to be contracted during a given period. 12. It decides upon any other questions which are allocated or submitted to it by the Board of Directors.
<i>Art. 13 para. 2 is amended as follows:</i>	
Announcement of the meeting must contain the agenda and, in the case that an amendment to the Statutes is to be proposed (items 4 and 5 of Article 10), the	Announcement of the meeting must contain the agenda and, in the case that an amendment to the Statutes is to be proposed (items 4, 5 and 8 of Article 10), the content of



content of the proposed amendment in substance. Alternatively, the documents may also be made available electronically. In this case, the access data shall be sent to the shareholders together with the convening notice. The designation of an independent proxy in the convening notice may be dispensed with irrespective of the form of the General Assembly.	the proposed amendment in substance. Alternatively, the documents may also be made available electronically. In this case, the access data shall be sent to the shareholders together with the convening notice. The designation of an independent proxy in the convening notice may be dispensed with irrespective of the form of the General Assembly.
<i>Art. 15 para. 2 is amended as follows:</i>	
The General Assembly adopts decisions by a majority of Votes represented. However, in the cases set forth as items 4, 5, 6, 7, 8 and 11 of Article 10, the majority required is seven tenths of all Votes. In case of an increase of the Preference Amount provided for in Paragraph 5 of Article 5 or the voting power as defined in Article 14 to the detriment of Class B Shares, both a majority of seven tenths of all Votes as well as of the Votes of each class of shares is required. The provisions on the Conversion contemplated in Article 5 have been resolved with a majority of seven tenths of all Votes and the Conversion and the steps provided therein can only be amended or eliminated with a majority of seven tenths of all Votes. Based thereon any Confirmatory Resolutions to implement the conversion of Class A Shares as contemplated by Article 5 shall be passed with three tenths of all Votes, or in the case of the reduction of the A Share Capital three tenths of the Votes of Class A Shareholders, i.e. blocking a Confirmatory Resolution would require a majority of seven tenths of all Votes or Votes of Class A Shareholders as applicable.	The General Assembly adopts decisions by a majority of Votes represented. However, in the cases set forth as items 4, 5, 6, 7, 8 and 11 of Article 10, the majority required is seven tenths of all Votes. In case of an increase of the Preference Amount provided for in Paragraph 5 of Article 5 or the voting power as defined in Article 14 to the detriment of Class B Shares, both a majority of seven tenths of all Votes as well as of the Votes of each class of shares is required.
<i>Art. 17 para. 3 is amended as follows:</i>	
The minutes must be signed by the chairperson of the meeting and the secretary.	The minutes must be signed by the chairperson of the meeting, the tellers and the secretary.
<i>Art. 21 para. 3 is amended as follows:</i>	
In these rules, which must be approved by the General Assembly, the Board of Directors must, however, reserve for its own decision, which in the case of No. 3 and 4	In these rules, which must be approved by the General Assembly, the Board of Directors must, however, reserve for its own decision:



can be given globally by stating a periodical budget and permitted use thereof, coupled with a reporting duty to the Board of Directors as to the loans taken out and/or use made of such loans: 1. The composition of the management, their employment conditions, appointment and dismissal of members thereof and the acceptance of their resignations; 2. The designation of directors authorized to sign on behalf of the Company; as well as the right to sign of persons who are not members of the Board of Directors (managers, attorneys); 3. The conclusion of loans, in any form whatsoever, within the limits laid down by the General Assembly; 4. The conclusion of contracts for the provision or financing railway equipment; 5. The compilation of the annual report, the preparation of the General Assembly and the execution of its decisions. 6. Further capital calls and their conditions, as well as the corresponding amendments to Article 5 regarding the amount of the registered capital paid in	1. The composition of the management, their employment conditions, appointment and dismissal of members thereof and the acceptance of their resignations; 2. The designation of directors authorized to sign on behalf of the Company; as well as the right to sign of persons who are not members of the Board of Directors (managers, attorneys); 3. The conclusion of loans, in any form whatsoever, within the limits laid down by the General Assembly; 4. The conclusion of contracts for financing rolling stock, in particular for hire or sale, together with the corresponding orders; 5. The compilation of the annual report, the preparation of the General Assembly and the execution of its decisions. 6. Further capital calls and their conditions, as well as the corresponding amendments to Article 5 regarding the amount of the registered capital paid in.
<i>Art. 21 para. 4 is amended as follows:</i>	
The Board of Directors shall establish lending policies setting forth inter alia the criteria and conditions to fulfill in order to be eligible for financings from the Company and the categories of rolling stock and railway equipment qualifying for such financing. These lending policies will include a use-of-proceeds requirement reserving financings made to eligible borrowers to financing railway equipment that is in public service use as such term is defined in the legislation applicable in the respective Member State(s) (in the Member State who (or whose Subdivision) grants the right/obligation to operate such railway equipment in public service, or, if different in the	The Board of Directors also establishes lending policies setting forth inter alia the criteria and conditions to fulfill in order to be eligible for financings from the Company. These policies will include a use-of-proceeds requirement reserving financings made to eligible borrowers from a Contracting State which is also a Member State of the European Union to rolling stock for use in public passenger transport services by rail subject to public service obligations. The term "public service obligations" will have the meaning given to such term in EU Regulation 1370/2007

Member State in which such railway equipment is operated as public service) from time to time. The lending policies will further determine the nature and quantum of the Company's security interest in the railway equipment financed by the Company and the criteria under which the Company may waive the requirement of a security interest in the railway equipment to be financed by it.	
<i>Art. 26 para. 4 is amended as follows:</i>	
Payments made by shareholders as guarantors under the Shareholders' Guarantee shall be refunded proportionately, within the limit of the amounts which the Company is subsequently able to obtain in respect to claims relating to the lapsed Finance Contract or the railway equipment covered therein.	Payments made by shareholders as guarantors under the Shareholders' Guarantee shall be refunded proportionately, within the limit of the amounts which the Company is subsequently able to obtain in respect to claims relating to the lapsed Finance Contract or the equipment covered therein.
<i>Art. 30 para. 1 is amended as follows:</i>	
In the event of a dissolution, the Company shall enter into liquidation. It shall, from that time, be regarded as being in liquidation.	When the period referred to in Article 4 for the duration of the Company expires or in the event of prior dissolution, the Company shall enter into liquidation. It shall, from that time, be regarded as being in liquidation.
<i>Art. 30 para. 3 is amended as follows [French version] :</i>	
However, the liquidation cannot be carried out unless all obligations of the Company are met, among others with regard to bondholders, hiring bodies and, when appropriate, manufacturers of railway equipment.	However, the liquidation cannot be carried out unless all obligations of the Company are met, among others with regard to bondholders, hiring bodies and, when appropriate, manufacturers of <i>[French version rolling stock]</i>.



Ausserdem wird dem Verwaltungsrat der Auftrag erteilt, alle notwendigen Schritte zur Änderung der Statuten zu unternehmen, insbesondere:

- die Benachrichtigung der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Beschluss der ausserordentlichen Generalversammlung der Aktionäre, Art. 3, 4, 5, 6, 9, 10, 13, 15, 17, 21, 26 und Art. 30 der Statuten zu ändern, mit der Bitte, dies allen Regierungen, die das Übereinkommen zur Gründung der EUROFIMA vom 20. Oktober 1955 unterzeichnet haben, gemäss dessen Art. 2d mitzuteilen;
- die Eintragung der Statutenänderung in das Handelsregister des Kantons Basel-Stadt.

Also, the Board of Directors is mandated to accomplish all necessary steps to proceed with the change of the statutes, in particular:

- *the notification to the government of the Swiss confederation of the decision taken by the Extraordinary General Assembly of the shareholders to amend Articles 3, 4, 5, 6, 9, 10, 13, 15, 17, 21, 26 and Article 30 of the Statutes, with the request to notify all governments signatories of the Convention for the establishment of EUROFIMA dated October 20, 1955 in accordance with its Art. 2d;*
- *the registration of the change of the Statutes at the commercial register of the Canton of Basel-City.*

III.

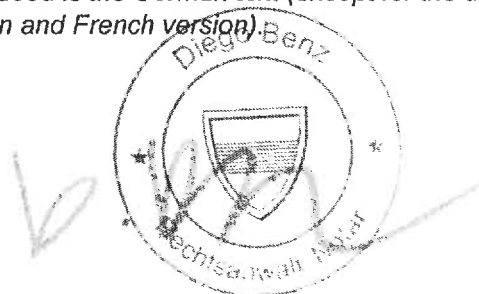
Der Vorsitzende legt ein Exemplar der Statuten der Gesellschaft in ihrer deutschen und französischen Fassung vor und erklärt, dass es sich um die vollständigen, unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderungen gültigen Statuten der Gesellschaft handelt. Diese Statuten liegen der Urkunde bei (Anhang 1).

The chairman presents a copy of the German and French versions of the Articles of Association of the Company and states that they constitute the entire Statutes of the Company taking into account the amendments stated above. These Statutes are attached to this public deed (Annex 1).

IV.

Massgebender Text der vorliegenden Urkunde ist der deutsche Text (mit Ausnahme des geänderten Statutenwortlauts in der deutschen und französischen Originalfassung).

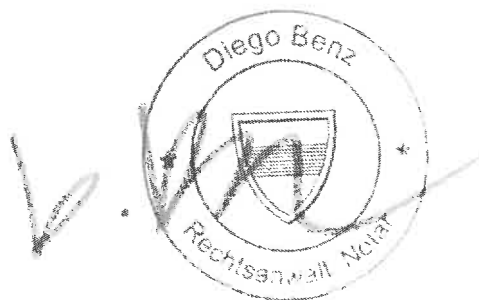
The authoritative text of this public deed is the German text (except for the amended wording of the Statutes in their original German and French version).



V.

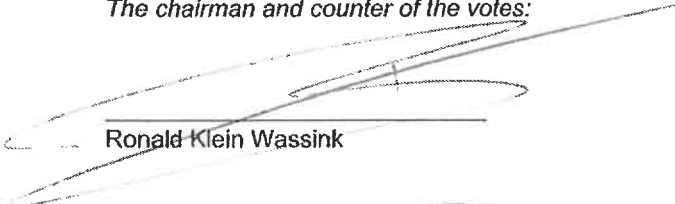
Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, schliesst der Vorsitzende die Versammlung um 10:17 Uhr.

As there were no further requests to speak, the Chairman closed the meeting at 10:17h

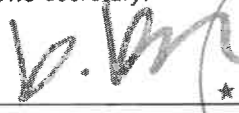


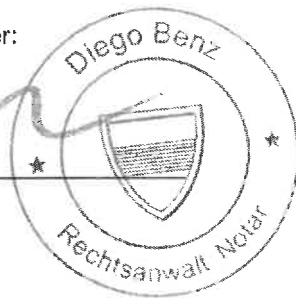
Datum: 16.10.2025 (virtuelle Versammlung)
Date: 16.10.2025 (virtual meeting)

Der Vorsitzende und Stimmenzähler:
The chairman and counter of the votes:


Ronald Klein Wassink

Der Protokollführer:
The secretary:


Diego Benz



ÖFFENTLICHE BEURKUNDUNG

PUBLIC NOTARIZATION

Die unterzeichnete Urkundsperson des Kantons Zug, Diego Benz, Rechtsanwalt,
Baarerstrasse 12, CH-6300 Zug,

*The undersigned Notary of the Canton of Zug, Diego Benz, attorney-at-law, Baarerstrasse 12,
CH-6300 Zug,*

beurkundet hiermit öffentlich:

herewith publicly certifies:

Die vorstehende Urkunde stimmt mit den von mir an der heutigen ausserordentlichen
Generalversammlung der vorgenannten Gesellschaft gemachten Wahrnehmungen überein.
Sämtliche in dieser Urkunde genannten Belege haben uns vorgelegen.

*The above deed is consistent with my observations at today's extraordinary Shareholders'
Meeting of the before mentioned Company. All documents individually mentioned in this Deed
have been presented to us.*

Falls sich zwischen der deutschen und der englischen Fassung dieser Urkunde Differenzen
ergeben, gilt der deutsche Originaltext.

*In the event of disagreement between the German and the English version of this Public Deed,
the German version shall prevail.*

Zug, 16.10.2025

Die Urkundsperson / The Notary:


Diego Benz



Anhang 1
Annex 1



